

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 266 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Donnerstag, 29. November 1934

Chefredakteur: M. Braun

Die Saat — Deutschlands Schicksal	Seite 3
Finanzierung der Arbeitsbeschaffung	Seite 4
Neuer Massenprozeß in Sachsen	Seite 7
Die Fremden in Frankreich	Seite 8

Politischer Vorstoß der Reichswehr

Die umstrittene SA. und SS. — Sorge um die außenpolitische Spannung

Berlin, 28. November 1934.

Die Stadt ist erfüllt von Gerüchten und Mutmaßungen über die inneren Kämpfe, die in den zivilen und militärischen Spitzen des Regimes sich abspielen. Die allgemeine politische Atmosphäre läßt sich nur mit der Spannung nach der bekannten oppositionellen Rede von Papens in Marburg vergleichen. Alles spricht wieder von dem Herannahen einer Militärdiktatur, die endgültig die Macht der SA. und der SS. und die lokale Tyrannie der kleineren braunen Bonzen brechen soll. Die Einzelfaktionen drillicher Demagogen gegen irgendwelche mißliebige Bürger, denen man irgendein „unlogisches“ Verhalten anhängt, vernichten die Staatsbürokratie und die Polizeireferate, die in letzter Zeit häufig ohne jede gesetzliche Grundlage Verhaftungen vornehmen mußte. Weitende Beamte haben den Reichsinnenminister Dr. Frick als einen alten Verwaltungssachmann und andere aus der Verwaltung hervorgegangene führende Nationalsozialisten auf die wachsende Mißstimmung und Benutzbarkeit der Exekutive, insbesondere auch der Polizei, aufmerksam gemacht, die allmählich jeder Sicherheit des Vorgehens beraubt wird. Eine Folge dieser Vorstellungen ist die Rede Fricks gegen die Auffassung, die Partei befehligt dem Staat und die Währungs- und Einzelfaktionen, die dennoch überall im Lande fortgesetzt werden.

Allen Dementis zum Trotz steht ferner fest, daß Generale der Reichswehr, die mit der kritikalsten Haltung des noch immer kräftigsten Reichswehrministers von Blomberg anzusehen sind, bei Hitler gedrängt haben, die wilden Demagogen im Lande an den Nagel zu nehmen und außerdem für eine außenpolitische Entspannung zu sorgen.

Die Reichswehr weiß, was sie an Hitler und vielleicht noch mehr an Göring hat, da diese die politischen Voraussetzungen der Aufrüstung geschaffen haben, aber sie fürchtet für die innere Geschlossenheit der Truppe, wenn die Politisierung des Mannschaftenvertrages in dem bisherigen Maße fortgeschritten, zumal ihr sehr wohl bekannt ist, daß unter den aus der SA. und der SS. zur Auszubildung einrückenden Mannschaften auch frühere Sozialdemokraten und Kommunisten sich befinden, die innerlich keineswegs Nationalsozialisten sind.

Die Reichswehrgeneralität ist deshalb schon seit längerer Zeit gegen die nationalsozialistische Schulungstournee im Meer eingetreten, die zu häufigen Diskussionen in der Truppe geführt haben. Die Kurse werden gegen den heftigen Widerspruch des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels abgelehnt, der überhaupt allmählich von Niederklage zu Niederklage geht und seinem Gegner General Göring zu erliegen scheint.

Eine lebhaftere Aktivität entfaltet der Reichsminister der SS. und Chef der Gestapo Himmler, der in beiden Eigenschaften die Vorrangstellung seines Einflusses fürchtet. Er und der Chef des Stabes der SA. haben im Lande Führerbesprechungen und machten sich gegenüber ihren Unterführern dafür stark, daß seine SS. ihre bisherige Bedeutung behalten werde.

Die Reichswehr sei die einzige Waffenträgerin zur Verteidigung des Landes, die SS. aber müsse Waffenträgerin zur Verteidigung der nationalsozialistischen Revolution bleiben.

Dieses Recht wird ihr aber nicht nur von der Reichswehr, sondern auch von führenden nationalsozialistischen Verwaltungsmännern bestritten, die den nationalsozialistischen Staat und sich selbst lieber dem Schutze der Reichswehr und der Schupo anvertraut wissen wollen.

Die größte unmittelbare Besorgnis erwecken bei der Reichswehrgeneralität die außenpolitischen Folgen der Aufrüstung. Diese Herren wollen zwar höchste militärische Achtung Deutschlands, aber ebenso sehr möglichst die Vermeidung des Krieges, über dessen ungewissen Ausgang auch bei höchster militärischer und technischer Leistungsfähigkeit Deutschlands sie sich sehr wohl klar sind. Im vollen Einklang mit der jetzigen Auffassung Hitlers wollen sie die militärische Schlagkraft Deutschlands dazu benutzen, um das Reich als mächtigen Macht- und Bündnisfaktor in die Weltpolitik einzuführen. In diesem Ziele muß jede Störung von außen vermieden werden.

Eigentlich könnten Hitler und Himmler schon wieder einige Reichswehrgenerale erschießen lassen, denn bestimmt haben Schleicher und Breckow letzterer und weniger intim mit ausländischen Politikern über die Notwendigkeit gewisser

außenpolitischer und innenpolitischer Veränderungen im „dritten Reich“ gesprochen, als es jetzt aktive Reichswehroffiziere zur Durchbrechung des Nichternehmens von außen in letzter Zeit gesellschaftlich getan haben.

Hinzu kommt, daß ernste Militärs über das Tempo und das Ziel der deutschen Aufrüstung wesentlich anderer Meinung sind als einflussreiche Kreise der NSDAP, die auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands stark unterschätzen. Man spricht nur eine Tatsache aus, wenn man hinzusetzt: es gibt mehr als einen Reichswehrgeneral, der gerade im Interesse Deutschlands begrüßen würde, wenn von außen her — an Warnungen aus London hat es in den letzten Monaten nicht gefehlt — durch politische Einwirkungen das den Frieden gefährdende Tempo der deutschen Aufrüstung gezügelt und der Wiederantritt an den Völkerbund vorbereitet würde.

Für Nazi-Demagogen ist das zwar „Vandessverrat“, aber es ist die aus deutschen Sorgen entspringende Befürchtung vernünftiger Reichswehroffiziere, die Reaktionäre sind, aber immerhin keine Verräthen.

Die englische Demarchie Gegen die deutsche Aufrüstung

London, 28. November.

Der deutsche Sonderbeauftragte für Abrüstungsfragen, von Ribbentrop, ist mit dem Flugzeug nach Berlin zurückgereist. Er wird dem „Führer“ nur berichten können, daß die englische Regierung und das englische Volk tief beunruhigt sind über die deutsche Aufrüstung und Herr von Ribbentrop weder Erklärungen abgeben noch Vorschläge unterbreiten konnte, die zur Verhinderung hätten beitragen können. Seine Anregungen, Deutschlands Aufrüstung in bestimmten Grenzen zu legalisieren und ihm so den Wiedereintritt in den Völkerbund zu ermöglichen, ist in London nicht auf Verständnis gestoßen.

Ribbentrops Mißerfolg geht deutlich daraus hervor, daß die Regierung gerade den Tag seiner Abreise gewählt hat, um gleichzeitig durch Sir John Simon gegenüber dem deutschen Botschafter von Dösch und durch den britischen Botschafter in Berlin Sir Eric Phipps gegenüber dem deutschen Außenminister Dr. Neurath in höflicher Form, aber mit ernstem Nachdruck die englische Unruhe über die deutsche Aufrüstung vor allem im Flugwesen, zur Kenntnis zu bringen. Der deutschen Regierung ist auf diesem doppelten Wege zugleich mitgeteilt worden, daß die britische Regierung im Unterhaus auf eine Anfrage Churchills ihre Auffassung über die deutschen Rüstungen dem britischen Volke und der Welt kund tun werde.

Der englische Schritt beweist, daß England, seitdem es den Umfang der deutschen Aufrüstungen erkannt hat, die deutschen nun nicht mehr zu verheimlichenden Verstöße gegen die Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages ebenso ernst nimmt wie Frankreich und die in Berlin bis vor kurzem genährten Illusionen, daß England milder urteilen werde, preisgegeben werden müssen.

Benesch und das Ratspräsidium

Genf, 28. November 1934.

Der Vertreter Ungarns im Völkerbund, Tibor von Szari, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes Avenal eine Note überreicht, in der gefordert wird, daß bei der außerordentlichen Ratssitzung, die sich mit der Frage des Marceller Attentats beschäftigen wird, der tschechoslowakische Außenminister Benesch nicht den Vorsitz führen dürfte. Diese Forderung wird damit begründet, daß sich Benesch der jugoslawischen Anklagenote vom 28. November ebenso wie der rumänische Außenminister vollinhaltlich angeschlossen hat.

Auf Grund dieser ungarischen Forderung hat Benesch den Generalsekretär wissen lassen, daß, wenn der Rat die Frage des Marceller Attentats auf die Tagesordnung der außerordentlichen Ratssitzung setzen sollte, er, Benesch, für die Dauer der Behandlung dieser Frage auf den Vorsitz verzichten würde.

Eisige Stimmung Weder Kraft noch Freude

Am Dienstagabend hatten wir Gelegenheit, die Berichte nachzukontrollieren, die unser Berliner Korrespondent seit Wochen über die eisige Stimmung der Massen gegenüber den nationalsozialistischen Führern feststellt. Wir hörten am Radio die Übertragung der Jubiläumssfeier von „Kraft durch Freude“ in der Montagehalle des Siemenswerks zu Berlin. Wie der Ansager mitteilte, war an äußerer Aufmachung alles gegeben, um die Massen in Stimmung zu bringen, aber von dieser Stimmung war dann wirklich nicht das geringste zu merken. Neben den Arbeitern waren SA. und SS., NSDAP. und Reichswehr und Arbeitsdienst vertreten, und mindestens aus diesen Gruppen hätten die nationalsozialistischen Führer die freudige Zustimmung erlangen müssen, die sie erwarteten, aber die Versammlung blieb kühl und lustlos. Die im Radio deutlich spürbaren Berluche der Konzofratie, bei dem Eintritt der Herren Goebbels, Heß und Len Volksjubel zu markieren, schlangen kläglich fehl. Die Begrüßung war matt. Die Rede von Goebbels ließ die Versammlung vollkommen kalt. Kein Juchzen, kein Bravo, erst recht kein Handklatchen, nur am Schluß der obligate, aber recht dünne Beifall. Rudolf Heß hatte etwas mehr Glück, weil er auf den Gedanken kam, einige Sätze gegen den Krieg einzulegen. Da rührten sich natürlich die Hände der Arbeiter, denn von Aufrüstung und Krieg wollen sie nichts wissen. Das Aufklaren der Stimmung sank aber sofort wieder in sich zusammen, und der Vortrag von Len ließ auch nicht ein Häufchen von Wärme in der Versammlung übrig. Es war besonders kennzeichnend, daß an keiner Stelle irgend einer der Reden auch nur die leiseste Zustimmung laut wurde, wenn über die angeblichen Erfolge des Regimes im allgemeinen und von „Kraft durch Freude“ im besonderen gesprochen wurde. Da fanden die Redner bei keinem Arbeiter Glauben. Jämmerlich war die müßwillige und gelangliche Umrahmung der Feier. Es wurde eine mißtönige Kirchengesangsverlei, deren sich jede Dorfkapelle schämen müßte. Gesang- und Sprechchöre traten auf, die in den Zeiten der marxistischen Arbeiterbewegung in jedem entlegenen Winkel des Reichs bessere Schulung gehabt hätten. Und dieser — wählen wir ein deutlicheres Wort — dieser Mist wurde in der Reichshauptstadt Arbeitern geboten, die zum großen Teil sich genau erinnern, welche hohe künstlerische Kultur die Chöre der Arbeiterbewegung erreicht hatten.

Die Entente Paris-Moskau

Paris, 28. November.

A. Sch. Die jüngste Debatte in der Kammer und vor allem die historische Rede des Berichterstatters des militärischen Ausschusses, des radikalen Abgeordneten Archimand, haben die sowjetrussisch-französischen Beziehungen wieder in den Vordergrund der europäischen Politik gestellt. Archimand hat diese Beziehungen in ihrer gegenwärtigen Phase mit dem Wort „Entente“ bezeichnet, das französisch einen weitergehenden, umfassenderen Sinn hat, als die deutsche „Verständigung“. Diese Entente bezieht sich auf die Garantie der gegenseitigen militärischen Unterstützung. Archimand scheute sich nicht davor, den militärischen Wert dieser Entente näher zu bestimmen: er beurteilte die Kriegsluftflotte der Sowjetunion als die erste der Welt, die Rote Armee als mächtig, ausgezeichnet ausgerüstet, technisch hervorragend ausgerüstet.

Die Entente Paris-Moskau wird indessen auch eine ausgebaute politische Basis haben. Sie ist heute realer, als das auf dem Papier sehr eng polnisch-französisch-Bündnis und enger als die lose anglo-französische Entente. Die sowjetrussisch-französische Entente ist das zentrale und entscheidende Mittel der französischen Sicherheitspolitik, an Intensität kann sie nur mit jener Verbindung verglichen werden, die Frankreich und die kleine Entente bindet. Die Entente Paris-Moskau wird um so enger, je gespannter die Beziehungen zwischen Paris und Berlin einerseits, zwischen Berlin und Moskau andererseits werden.

Die Gerüchte von einer sowjetrussisch-deutschen Entspannung, die in den letzten Wochen in Umgang gesetzt

wurden, erwiesen sich als völlig gegenstandslos. Berlin wollte und konnte nicht die Beziehungen zu Moskau normalisieren, die Front Paris-Moskau auflösen, den Abschluß der sowjetrussisch-französischen Entente verhindern oder nur aufschieben. In seiner Aussprache mit Gön, die inzwischen eine traurige Berühmtheit erhalten hat, hat Hitler die Sowjetunion demonstrativ nicht erwähnt, und das Nichtvorhandensein der deutschen Angriffspläne im Osten nur auf Polen beschränkt. Einige Tage danach hat ausgerechnet Rosenber, der geeignetste „Friedens“politiker in allem, was die Außenpolitik des „dritten Reiches“ betrifft, im „Völkischen Beobachter“ zu der Frage der deutsch-russischen Beziehungen den Wort ergriffen. Seine Erklärung, Hitler-Deutschland sei nicht geneigt, sich auf dem Schachbrett der sowjetrussischen Außenpolitik schieben zu lassen, beweist, daß alles beim Alten bleibt, daß der fanatische Haß gegen den Sowjetstaat die Ostpolitik des „dritten Reiches“ auch weiterhin bestimmen wird. Nicht einmal in dieser kritischen Stunde, wo es galt die Entente Paris-Moskau irgendwie aufzulockern, hat Hitlers außenpolitischer Inspirator es für notwendig gehalten, seine Gefühle zu verbergen.

Die einzigartige diplomatische Aktivität der Sowjetregierung, ihr fester Wille, die gemeinsame russisch-französische Sicherheitspolitik auszubauen, beschleunigt das Tempo. Archimbold hat in seiner Kammerrede offen erklärt, daß es die Sowjetregierung war, die in Paris wegen der deutschen Aufrüstung Alarm schlug. Sie weiß, gegen wen diese Waffen gerichtet werden sollen. Die Sowjetregierung hat auch die Verhandlungen über den Ostpakt aktiviert, auf ihre Veranlassung hat Svald die Prüfung der Frage, ob Polen den Ostpakt endgültig ablehnt, forciert. Aber inzwischen hat es sich endgültig herausgestellt, ob Ostpakt oder nicht, die Verständigung über die gegenseitige militärische Unterstützung gegen den Angreifer wird kommen, die völkerrechtliche Form ist eine sekundäre Frage. Das „Deuore“ schreibt, daß bereits der Völkerbundspakt eine genügende rechtliche Unterlage für die gegenseitige Unterstützung gegen den Angreifer bietet.

Die Entente mit Moskau gehört nunmehr endgültig zum eisernen Bestand, zur kontinuierlichen Linie der französischen Außenpolitik. Es gibt objektive Tatsachen, denen von der französischen Außenpolitik unbedingt Rechnung getragen wird. Zählen wir diese Tatsachen auf: Die Sowjetunion ist ein maßgebender Machtfaktor für die Aufrechterhaltung des Friedens, nicht allein im Osten, sondern auch im Westen Europas. Sie ist die entscheidende und die stärkste Macht im Osten Europas. Zudem ist dem deutschen Faschismus den Weg nach dem Osten versperrt, hindert sie den Durchbruch des „dritten Reiches“ auch gegen den Westen. Sie bildet die mächtige Unterstützung für die Verbündeten Frankreichs im Osten, für die Kleine Entente und die Balkan-Entente: Die Anlehnung an die Sowjetunion stärkt gewaltig, zugleich strategisch und wirtschaftlich, die Abwehrkraft der Tschechoslowakei und Rumänien gegenüber den faschistisch-revisionistischen Mächten. Mit der Sowjetunion wird der gigantische Block im Osten vollendet, der zwar nicht unangreifbar, aber unbesiegtbar ist. Wenn es noch gelingen kann, durch einen abwehrbereiten Friedensblock die Angriffspläne des „dritten Reiches“ zu zügeln, so wird die Sowjetunion der tragende Pfeiler dieses Blocks im Osten sein.

England und die jugoslawische Note

London, 28. November 1934.
Wie wir hören, wird von englischer Seite der Vorschlag gemacht werden, ein engeres Komitee zu bilden, das die von Belgrad und Budapest vorliegenden Dokumente prüfen soll. Dieses Komitee würde dann Anfang Januar dem Völkerbundrat Bericht erstatten.

Große Bedeutung wird hier der Besprechung beigemessen, die zwischen dem Vorsitzenden des jugoslawischen Regiments, dem Prinzen Paul von Serbien, und Sir John Simon stattgefunden hat. Prinz Paul soll gegenüber dem englischen Außenminister ausdrücklich hervorgehoben haben, daß Jugoslawien darauf besthe, daß die Hintergründe des Marzeller Attentats aufgeklärt würden.

„Spontaner Ausbruch“

Von Martin Spahn organisiert

Die „Kölnische Zeitung“ berichtet:

„Gute vormittag in der 11-Uhr-Pause kam es im großen Saal der Kölner Universität zu einem spontanen Ausbruch gegen die deutschfeindlichen Kundgebungen tschechischer Studenten in Prag. Aus den Reihen der Studenten schwang sich einer auf einen Tisch und wandte sich mit einer Ansprache an seine sammelnden Kommilitonen. Er betonte, daß Deutschland fremdes Volkstum habe, aber die gleiche Achtung für das eigene Volkstum verlange.“

Danach sprach der bekannte Historiker Professor Martin Spahn: Während das deutsche Volk seine Blide auf die bevorstehende Saaraabstimmung lenkte, sei es in Prag zu deutschfeindlichen Kundgebungen tschechischer Studenten gekommen. Diese Vorfälle müßten Veranlassung sein, den Gedanken der gesamtdeutschen Schicksalsgemeinschaft zu verbreiten. Ein zweiter Student hielt eine Schlussansprache, die mit einem Sieg-Heil ausklang. Die Ausführungen der Redner wurden mit härmischer Zustimmung aufgenommen. Im Anschluß an die Kundgebung zog ein Teil der Studenten in voller Ordnung und Disziplin am tschechoslowakischen Konsulat vorbei. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.“

Martin Spahn war dabei. Das sagt alles. Der tapfere Herr Professor, der zum Entsetzen seiner Kollegen als Erster aus Strahlsburg hinaus nahm und seine Professur sofort im Stich ließ, als 1918 die Franzosen kamen, ist der vorbildlichste Nationalheld, den es gibt.

In der Aula der Berliner Universität fand am Dienstag eine offizielle Protestkundgebung gegen die Vorgänge an der Prager Hochschule statt. Nach Beendigung dieser Kundgebung verammelte sich ein großer Teil der Teilnehmer auf dem Platz gegenüber der Universität. Als die Polizei die Demonstranten zerstreuen wollte, karmten sie zur tschechoslowakischen Gesandtschaft. Alle Zugangsstraßen waren aber von starken Polizeieinheiten besetzt.

Paris erwartet Ribbentrop

Neue Friedensgesten der Wilhelmstraße — Verbot eines Heiz-Saarspruchs

Paris, den 28. November 1934.

(Von unserem Korrespondenten)

Herrn von Ribbentrops bevorstehende und so oft schon angekündigte Reise nach Paris beschäftigt in hohem Maße die öffentliche Meinung in der Seine-Hauptstadt. Die Blätter lassen sich von ihren Berliner Korrespondenten Informationen über die Pläne leihen, die die Hitlerregierung mit dieser Reise verfolgt. Man ist sich einig in der Meinung, daß die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Machtüber Deutschlands in einem solchen Maße angewachsen sind, daß diese mit allen Mitteln nach einem Ausweg und Erfolge suchen, den sie auf außenpolitischem Gebiet zu finden hoffen.

Die französische Presse zeigt sich nicht abgeneigt, Hitlers Abgesandten fair plan zuzubilligen, d. h. ihn anzuhören, aber sie läßt schon heute deutlich ihr Mißtrauen gegen alles das erkennen, was das „dritte Reich“ „anbietet“ will. Denn Angebot wird Herr von Ribbentrop mitbringen. Fraglich ist nur, ob sie mehr als imaginären Wert haben, ob nicht gar Hitler jetzt auf Umwegen das erreichen will, was ihm auf geradem Wege bisher zu erhalten nicht möglich war.

Genevieve Tabouis im

„Deuore“

schreibt, daß Deutschland beabsichtigt, bedingungslos in den Völkerbund zurückzukehren, daß aber vorher Frankreich, Italien, England und Amerika, die Unterzeichner der Erklärung vom 11. Dezember 1932, über die Gleichheit der Rechte, sich verpflichten sollten, einige Tage später in öffentlicher Sitzung Deutschlands Aufrücknahme anzuerkennen, unter der Bedingung, daß Deutschland von nun an der europäischen Sicherheit mitarbeitete. Genevieve Tabouis bemerkt dazu, in gewissen ausländischen politischen Kreisen wie bei manchen französischen Politikern sei man noch wie vor der Ansicht, Deutschland verfolge in allen diesen Dingen solches Ziel: nachdem es durch seine unvorsichtige Politik während der letzten sechs Monate mit gutem Grunde die Regierungen von Frankreich, England und Sowjetrußland alarmiert und infolgedessen erreicht habe, daß man mit der Bewirkung neuer Rüstungsprogramme begonnen habe, könne Deutschland meinen, daß wenn dieser Zustand bestehen bliebe, die vereinten Rüstungen Frankreichs, Englands, Sowjetrußlands und der Balkanstaaten leicht eines Tages irgend einen Grund haben könnten, ihre Stärke gegenüber Deutschland zu beweisen.

Im „Njagor“

sagt nicht minder skeptisch Wladimir d'Ormesson, entweder lüde Deutschland nur die Stellung der französischen Regierung zu schwächen, indem es auf sie einen indirekten Druck ausübe, oder es sei aufrichtig und wünsche wirklich eine Verständigung mit Frankreich. Warum verweide es aber in diesem Falle nicht die normalen Mittel, die ihm zur Verfügung ständen? Da es die französischen Wünsche sehr gut kenne und wisse, wie gemöhigt die Wünsche seien, warum erfülle es nicht vorher schon die Bedingungen für eine Ver-

ständigung? Was man Deutschland schon immer vorgeworfen habe, sei kein Mangel an Bervunft. Einmal biete es sein Herz an Am nächsten Tage zeige es die Faust. Niemals halte es sich an die ganz normale und ganz einfache Wirklichkeit. Mit seiner Art, wie eine kalte Dusche zu wirken, habe es die Entwicklung seines Friedens zwischen Frankreich und Deutschland verfallt, der zwar recht wünschenswert sei, aber nur auf gesunde Beziehungen sich gründen könne.

Wie man in Berlin bemüht ist Herrn von Ribbentrops Besuch in Paris gut vorzubereiten, darüber weiß der Berliner Sonderberichterstatter des

„Jour“

„Aguette“, seinem Blatte zu berichten.

Der Frankfurter Sender habe für Montagabend ein Saarstud angekündigt, das sehr heftige Angriffe gegen Clemenceau enthalte. Der französische Botschafter in Berlin habe die Wilhelmstraße darauf aufmerksam gemacht, wie unnützlich diese neue Kundgebung gegen Frankreich sei. Infolgedessen habe die deutsche Regierung ein Verbot der angekündigten Sendung beschlossen.

Diese Entscheidung sei um so bezeichnender, als die deutschen Sender bis in die letzten Tage wegen der Saar einen recht gebührenden Kampf geführt hätten. Kürzlich habe man z. B. im Radio ein Stück mit dem Titel „Der Einsatz der Franzosen in Saarbrücken“ hören können, das mit lautem Gebrüll und wildem Geschrei den Einbruch der sogenannten Marokkaner bei den Einwohnern vorgeführt habe.

Das an den Frankfurter Sender ergangene Verbot werde man am Vorabend der Reise von Ribbentrop nach Paris als eine Geste in Frankreich einschätzen. Uebrigens achte sie zu einer Anzahl von anderen Vorgängen und Handlungen, die Hitlers außerordentlichem Gefandenen eine günstige Aufnahme und erfolgreiche Verhandlungen vorbereiten sollten. Der Ton der deutschen Presse sei tatsächlich möglicherweise geworden: die Angriffe gegen Frankreich seien auf Kommando verknümt.

Das Gerücht, wonach Rudolf Hess Herrn von Ribbentrop begleiten würde, habe in den Kreisen, die mit den Vätern der traditionellen Diplomatie vertraut seien, geradezu Staunen hervorgerufen. Man könne sich also ein Bild davon machen, welche Sensation für die deutsche öffentliche Meinung der Besuch Frankreichs von Seiten des vertrauten Mitarbeiters des „Nährers“ bedeuten würde.

Zuletzt erwähnt der Mitarbeiter des „Jour“ noch, daß man in Deutschland von dem Fortgang der Arbeiten des Dreier-Komitees in Rom befrüchtigt sei. Vom Standpunkt Berlins aus liege eine der größten zu überwindenden Schwierigkeiten in der Bewahrung von Garantien des Reiches für diejenigen Emigranten, die keine Saarländer seien und nicht an der Saarabstimmung teilnehmen könnten, aber im Kampf für die Saarabstimmung sich aktiv betätigt hätten.

Kirche auf schwankendem Grunde

Wieviele Richtungen bekämpfen einander?

Das Durcheinander in der deutschen Evangelischen Kirche ist kaum noch zu beschreiben. Am Montag hat die von der Bekenntniskirche provisorisch eingesetzte Reichskirchenregierung unter Führung des Landeshochbischofs Marahrens, der als künftiges Oberhaupt genannt wird, hat am Montag ihre Tätigkeit aufgenommen und ist in Besprechungen mit Mitgliedern der Reichsregierung eingetreten. Innerhalb der Bekenntniskirche lehnt man noch wie vor direkte Besprechungen mit der gegenwärtigen Reichskirchenregierung (Reichsbischof Müller) ab, da die Bekenntniskirche der Auffassung ist, daß sie allein juristisch berechtigt sei, im Namen des evangelischen Kirchenvolkes zu sprechen.

Gleichzeitig wird versucht, die Altpreußische Landeskirche wieder zu beleben, nachdem die Gleichschaltungsaktion Müllers vor den angerufenen juristischen Sachverständigen gescheitert ist. Dagegen wendet sich jedoch Dr. Werner, der Präsident des Oberkirchenrates. Infolge seines Widerpruchs wurden jetzt die vom Reichsbischof bereits erlassenen Einladungen zu einer Tagung des altpreußischen Kirchenrats widerrufen.

Gleichzeitig dauert die Bewegung unter den Landesbischöfen fort und wehrt die allgemeine Unsicherheit. Der Provinzbischof von Westfalen, Adler, der dem Reichsbischof Müller vor einigen Wochen eine große kirchliche Zeremonie zur Einführung in sein Amt gewidmet hatte, ist seit dem letzten Freitag nicht mehr in seinem Verwaltungsbüro in Münster erschienen. Adler war von den in Westfalen herrschenden Anhängern der Bekenntniskirche mit einem undurchdringlichen Konflikt umgeben worden; die Kirchenneuerer blieben zum großen Teil aus, die meisten Pfarrer lehnten sich nicht an die Weisungen des Bischofs, die Gemeinden gingen ihre eigenen Wege, und es scheint nun, so berichtet die „Neue Zürcher Zeitung“, daß Adler das nutzlose Spiel aufgibt.

In allem Durcheinander steht nur Müller „fest“. Er will nicht zurücktreten und macht der Bekenntniskirche Schwierigkeiten, wie er nur kann. . .

Bischof gegen Rosenberg

„Der Führer hat nun das Wort“

Berlin, den 27. November 1934.

Anlässlich einer von den katholischen Organisationen Stuttgart zu Ehren des großen Pädagogen Don Bosco veranstalteten Kundgebung sprach der Bischof von Koblenz, Mons. Spöck, über die Bedeutung der Religion für die Jugendbildung und über Grundzüge der katholischen Erziehung. Im Verlaufe seiner Ansprache kam Mons. Spöck auch auf die Beziehungen der katholischen Jugend zur Hitlerjugend zu sprechen. Er erklärte, er wäre glücklich wenn die deutsche Jugend in einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt wäre. Er würde zehntausende junger Katholiken der Hitlerjugend zuführen, wenn er nicht Gewissensbedenken hätte. Aber solange der von Rosenberg der deutschen Jugend gewiesene Weg eingeschlagen

werde, müßten die Katholiken ihre Jugendorganisationen aufrechterhalten. Das Konkordat gebe den Katholiken übrigens das Recht dazu. Der Führer habe nun das Wort.

Bischof Worm — rehabilitiert!

Das Ende eines „christlichen“ Diffamierungsversuchs

Man erinnert sich, wie man seiner Zeit, als die große Müller-Jäger-Aktion gegen die süddeutschen Landeskirchen eingeleitet wurde, einen heftigen Diffamierungsversuch des württembergischen Bischofs Worm versuchte. In echt evangelischer Gesinnung warf man ihm vor, er habe Geld unterschlagen und ins Ausland verschoben. Später wurde bekanntlich Worm wieder in sein Amt eingesetzt, und von den Vorwürfen gegen ihn war nicht mehr die Rede. Jetzt hat auch das Stuttgarter Vandalentum den evangelischen Landesbischof Dr. Worm aus Württemberg und seinen Vertreter Oberkirchenrat Dr. Schüller außer Verfolgung gesetzt. Beide waren beschuldigt worden, Gelder den ordentlichen Kirchenschatzen entzogen zu haben. Die Anzeige war vom früheren Reichswalter der deutschen evangelischen Kirche, Dr. Jaeger, erstattet worden. Das Gericht hat den Tatbestand der Untreue verneint.

„Soweit ich als evangelischer Christ..“

Barths Eidesverweigerung

Nach dem Bericht des Berliner Korrespondenten der „Times“, ist Prof. Karl Barth von seinem Amte suspendiert worden, weil er zu dem von ihm geforderten Beameneid den Vorbehalt gemacht hatte, daß die Eidesformel folgenden Inhalt erhalte: „Soweit ich es als evangelischer Christ verantworten kann.“ Prof. Barth hatte den Unterrichtsminister von seinem Entschluß in Kenntnis gesetzt. Auf hat aber den Vorbehalt abgelehnt und jetzt Barth seines Amtes enthoben.

Die Vorlesungen Karl Barths an der Bonner Universität sind bereits eingestellt worden. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß das Disziplinarverfahren gegen den unerhörtsten Gelehrten und Theologen mit seiner Verabschiedung enden wird. Karl Barth bekämpfte von Anfang an die Kirchengleichschaltung in Wort und in Schrift. Seine Kanzelpredigten, die stets außerordentlichen Zulauf hatten, hat er bis in die letzten Tage hinein fortgesetzt. Karl Barth ist, und das wirkt zugleich ein Licht auf die jüngste Gruppe im Kirchenkampf, aus dem Bruderrat der Bekenntniskirche sieben zusammen mit Pfarrer Niemöller und Pfarrer Kammen ausgeschieden, und zwar aus dem Grunde, weil sich in der Führung der Bekenntniskirche ein anderer Kurs durchgesetzt hat, der einem Kompromiß mit der Staatsgewalt nicht abgeneigt wäre. Es dürfte sich in nächster Zeit entscheiden, ob diese von Bischof Marahrens und den bayerischen Lutheranten vertretene Richtung sich mit Dr. Müller und dem gemäßigten Flügel der Deutschen Christen einigt und auf dieser Grundlage die Frage der Ablösung Reichsbischof Müllers löst.



FÜR DEUTSCHLAND GEGEN HITLER

Die Saar — Deutschlands Schicksal

Den Freunden an der Saar

Sie schleifen eure Namen durch die Gassen,
Sie alarmieren Lüge, Haß und Wahn.
Ihr aber steht da wie ein Fels, Genossen,
Und denkt nur eins: Der Freiheit eine Bahn!

Sie spüren nicht mit Phrasen, nicht an Mitteln,
Sie setzen ganze Lügenkorps in Trab.
Ihr aber steht da in den Arbeitsmitteln
Und freißt den Dreck von euren Köden ab.

Sie drohen mit Vergeltung, mit Verfehlungen
Und wollen rauben, was ihr etwa habt,
Ihr aber steht da, Stumm, Was kann man nehmen,
Da ihr schon alles für die Freiheit gabt.

Sie locken mit Geschenken, mit Versprechen
Und lögen noch, was nur die Hälfte wahr.
Ihr aber steht da in den Kohlenzechen
Und wollt nur eins:

Die Freiheit an der Saar!

Willy Genroth.

Jesuitenpater in Schutzhaft

Die Verfolgungen katholischer Priester hören nicht auf

Vor einigen Tagen nahm, nach Mitteilung der „Kölnischen Zeitung“, die Geheime Staatspolizei in Köln den Jesuitenpater Spieder in Schutzhaft. Pater Spieder habe, so erklärt die Geheime Staatspolizei auf Anfrage, in öffentlichen Ansprachen „gehässige und verhetzte Angriffe auf den Führer und die nationalsozialistische Regierung gemacht.“ Die Schutzhaft ist vorläufig auf drei Wochen festgesetzt. Außerdem wird gegen Pater Spieder ein Strafverfahren wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat eingeleitet.

Nazi-Tendenzmeldungen überführt

Paris, den 28. November 1934.

Davas meldet: Es wird erklärt, daß die im Ausland verbreiteten Meldungen, wonach Außenminister Pierre Laval dem Reichsführer Hitler versprochen haben soll, jede Provokation im Saargebiet für eine Abtötung im Sinne der Beibehaltung des jetzigen Regimes einzustellen, wenn der Reichsführer sich seinerseits zu einer sofortigen Reklamation der Frage der Demantialgruben verpflichtet, jeglicher Grundlage entbehren.

Es bleibt dabei: 5,7 Millionen Arbeitslose

Die braune Presse an der Saar hat wieder einmal eine unserer „Lügen“ entlarvt. Sie beschimpft uns als Separatistenpresse und behauptet, daß wir kein Mittel unversucht lassen, mit „gemeinen Lügen die tatsächlichen Erfolge in Deutschland abzutun.“ Wir können beim besten Willen keine Erfolge des nationalsozialistischen Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet feststellen. Wir wissen eins, daß diese „Erfolge“ darin bestehen, daß Deutschlands Außenhandel zugrunde gerichtet wurde, daß der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank verpulvert worden ist, daß eine Rohstoffknappheit und eine Preissteigerung der gleichzeitigen Rückgang des Realeinkommens der wertvollen Bevölkerung festzustellen ist. Vediglich die Bank- und Börsenfürken mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht an der Spitze, und die Nahrungsmittelindustriellen wie Krupp, Thyssen und Koniorien sowie die ganze Bonzokratie können mit den Zuständen in Deutschland zufrieden sein, da sie auf Kosten der Allgemeinheit ihren Profit einheben und sich mästen.

Das alles wissen auch die braunen Volkoverderber genau. Doch versuchen sie, diese Dinge vor den Saarländern zu verheimlichen und dafür mit ihrer Lüge in die Vergangenheit verunkelnden Arbeitslosigkeit Reklame zu machen. Die Nazis hätten mit Hilfe dieser Arbeitslosigkeit die Arbeitslosigkeit überwinden. Sie behaupten dabei ferner, daß die nationalsozialistische Regierung am 31. Januar 1934 das furchtbare marxiistische Erbe von 8 Millionen Erwerbslosen übernahm. Es waren damals zwar etwas weniger als 6 Millionen Arbeitslose, aber bei der Erhöhbung im Lügen kommt es den Nazis auf die 2 Millionen wirklich nicht an.

Nun hatten wir aber das große Verbrechen begangen, die wunderbaren Erfolge der Nazis zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu bezweifeln. Wir hätten, wie die „Saarbrücker Zeitung“ erklärt, „mit trecher Stirn und fetten Wuchshäuten“ behauptet, es gäbe in Deutschland heute 5,7 Millionen Arbeitslose. Und nun werden wir und unser Bruderblut, die „Saar-Volksstimme“, die die gleiche Behauptung aufgestellt hat, widerlegt.

Gewöhnlich, wenn man jemand widerlegen will, geht man auf seine Behauptungen ein und vermindert den Nachweis zu erbringen, daß sie nicht richtig sind. Die „Saarbrücker Zeitung“ aber geht auf unseren Artikel überhaupt nicht ein, sondern macht sich ihre eigene Statistik zurecht, ohne daß ihre Leser wissen, was wir eigentlich gesagt haben.

Unächst wollen wir die Fehlbildung machen, daß die „Deutsche Freiheit“ den Artikel unter der Überschrift „5,7 Millionen Arbeitslose“ in ihrer Ausgabe vom 1. November, und die „Saar-Volksstimme“ einen Tag später gedruckt haben. Um uns also zu widerlegen, brauchte die alte gebrechliche Lunte immerhin 26 Tage.

Wir haben klar und deutlich geschrieben, daß nach den amtlichen Angaben heute im regulären Produktionsprozeß 13,1 Millionen Arbeiter und Angestellte tätig sind. Unter Hinzu-

Man schreibt uns aus dem Reich:

In wenigen Wochen tritt die saarländische Bevölkerung an die Wahlurnen. Doch man darf annehmen, daß sich leider nur der kleinste Teil der weittragenden Bedeutung ihrer Stimmabgabe bewußt sein wird. Indem die Abstimmenden wähnen, über ihr eigenes Geschick und über das ihres kleinen Völkchens zu bestimmen, liegt tatsächlich das Schicksal von Millionen Menschen, ja, man kann vielleicht ohne Übertreibung sagen, das Schicksal Deutschlands und Europas für einen Tag in ihrer Hand.

Diese Schicksalsrolle spielen die Saarländer natürlich nicht aus eigenem Antrieb, nein, sie werden dazu gezwungen von einer Macht, die selber die Schicksalsfrage zu stellen getrieben wird, ähnlich wie eine Regierung, die vor ihrem Parlament die Vertrauensfrage stellt. Und diese Macht ist das nationalsozialistische Deutschland! Ein Blick nach Deutschland genügt, um die Wichtigkeit dieser Aufgabe behäufig zu finden und wie vom Himmel eingeworfen fällt einem dort die Erkenntnis zu, daß die Saar tatsächlich das Schicksal Deutschlands werden kann.

Man verleiht das Volk in einem Maße auf und mit Mitteln, wie das bisher in Deutschland unbekannt war. Seit Monaten gibt es kaum ein Dorf, in dem nicht an irgendeiner Stelle ein Transparent befestigt ist: Deutsch die Saar! Ebenso gibt es keine Stadt mehr, die nicht an ihren verkehrreichen Punkten einen schwarzweißrot gestrichenen Holzpavillon oder einen Stand oder riesige Transparente aufgestellt hat, ebenfalls mit den Worten: Deutsch die Saar! Deutsche, denkt an die Saar!

Auf Schritt und Tritt begegnen die Passanten derartigen und ähnlichen Erinnerungsschriften, oft völlig unmotiviert an gewöhnlichen Häusern, häufiger noch an Gastwirtschaften und Hotels. Auf Bahnhöfen und in Wartehäusern, in Rathäusern oder sonstigen amtlichen Stellen sieht man auf unzählige Plakate, die die Bevölkerung an die Saar erinnern sollen. Ja, wie erkantet der Saarländer, wenn er irgendwo in einem Theater sitzt und auf seinem Programmzettel in diesen Letztern liest: Deutsche, denkt an die Saar. Selbst auf den Umschlägen von Monatszeitschriften, im Text der Vereinsblätter oder kirchlichen Gemeindeblätter — überall sieht man sich plötzlich dem Völkchen Saar gegenüber in Verbindung mit irgendeinem Spruch von unsren die Konjunktur anzuwendenden Feld-, Wald- und Viehdichtern.

Die wichtigsten Rollen bei dieser ungezügellen Anteilnahme des Volkes spielen natürlich die Zeitungen und Rundfunksender. Das Unwesen der deutschen Sender zu beobachten, dazu braucht man nur das Radio anzuschalten: Schwieriger ist es schon, die Fülle des Materials zusammenzufassen, das die deutsche Presse bietet. Kein Tag vergeht, an dem nicht irgendwas über die Saar in den deutschen Zeitungspalten zu lesen ist, seien es sensationell aufgemachte Meldungen über mehr oder weniger große politische Zusammenstöße, oder die Anrufe der „deutschen Front“, deren Denkschriften und Dekretionen, Angriffe auf die Regierungskommission oder deren Organe, wüde Schimpereien und Aufbauschungen gegen die

„Nazisten“ und oppositionellen Katholiken und schließlich heftige Polemiken gegen die französische Regierung. Eine beliebte Art ist, das „Wüten der saarländischen Kommune“ ganz groß aufzumachen, um dem deutschen Leser zu zeigen, vor welchen „Gefahren“ er doch im Schoße des „dritten Reiches“ bewahrt bleibt und wie sehr es Zeit ist, daß auch die „arme, geklagte Saarbevölkerung“ von diesem „roten Gefindel“ befreit wird. Richtige Schoner geschichten werden den deutschen Lesern angefächelt, wenn es darum geht, die „separatistischen Nazisten“ in ihrer ganzen „Mutterrängigkeit“ anzuprangern.

Einen weiteren, sehr beliebten Stoff für Sensationen muß die französische Grubenverwaltung hergeben, die die saarländischen Bergarbeiter „noch schlimmer“ hält, als man die Regier im dunkelsten Afrika behandelt, die ein „furchtbares Schreckenregiment“ an der Saar ausübt und die jeden saarländischen Bergarbeiter „kaltblütig dem Hungertode“ überliefert, „falls er nicht Franzose werden“ will. Bei einem soich dankbaren Thema ist es nicht verwunderlich, wenn die fischigen Erzählungen und Romane in deutschen Zeitungen und Zeitschriften Eingang und glänzige Väter finden.

Dieses redliche Bemühen gekaufter Journalisten hat dann tatsächlich zuhause gebracht, daß Saarländer im Reich wie bejammernswerte, todunglückliche, völlig verarmte Menschen angesehen und bemitleidet werden und es will den Deutschen durchaus nicht passen, wenn Saarländer in ihrem Benehmen und Aussehen völlig von diesem Trugbild abweichen und erst recht mißtrauisch werden sie, wenn Saarländer mit dem besten Willen nicht in der Lage sind, alle diese Grenzmärchen durch persönliche Erfahrungen zu bekämpfen. Die Leute merken dann selber, da stimmt etwas nicht — und natürlich stimmt da etwas nicht!

Ein für die Aufhachelung nationalistischer Leidenshosen wunderbare geschaffenes Objekt waren die Meldungen von den Truppenverschiebungen der Franzosen an der saarländischen Grenze. Zwei, drei Wochen lang fand die deutsche Zeitung im Zeichen dieser Meldungen. Jeder Tag brachte das gleiche Thema in neuer, noch größerer, noch sensationellerer Aufmachung, kaum, daß die Zeitstränge ausreichten, kaum daß die Breiten der Journale Platz genug boten. Und wie lauteten die Heberchriften? Ein neuer Weltkrieg schien vor der Tür zu stehen: „Frankreichs Saarpfane glatter Rechtsbruch!“ — Kein Grund, kein Recht zum Einmarsch! — „Französische Motortruppen in Bereitschaft!“ — „Die Saardeutschen lassen sich nicht provozieren!“ — „Deutschland legt Verwahrung ein!“ — „Die richtige Antwort an Frankreich!“ — „Frankreich wird zur Ordnung gerufen!“ — „Warnungen aus allen Ländern!“ — Und dann kommen auch mal wieder die beliebten Verdächtigungen der Emigranten: „Futigherichte im Saargebiet!“ — „Erfindung der Emigranten!“ — „Märkel fordert Ausweitung der Saar-Emigranten!“ — „Bruch des Emigranten-Terrors gefordert!“ um.

Natürlich wird auch nicht verläumt, bei dieser Gelassenheit den „Friedenswillen“ Deutschlands gebührend hervorzuheben und es wimmelt nur so im deutschen Blätterwald von entsprechenden Heberchriften und Ausführungen.

Die überdimensionale Steigerung, die die Saarfrage durch die Nationalsozialisten benutzt oder unbewußt erfahren hat, rief die eigenartige, aber festschende Erscheinung hervor, daß heute ganz Deutschland in zwei riesige Lager gespalten ist durch ihr Verhältnis, durch ihre Einstellung zur Saar. Auf der einen Seite stehen die Deutschen, die unter allen Umständen wünschen würden, daß das Saargebiet reibungslos und so bald als möglich zum Reich zurückkehren möge.

Auf der anderen Seite stehen die Deutschen, die fürchten, daß Hitlers Diktatur den Untergang Deutschlands bedeutet und darum seinen Sturz wünschen. Auch eine Niederlage Hitlers an der Saar würde dieses Ereignis noch nicht sein, aber sie wäre unachener Wichtigkeit als treibende Kraft auf ein derartiges, erhofftes Ereignis hin. Eine Niederlage Hitlers an der Saar würde einen Freigabeverlust des Systems vor dem deutschen Volke und der Welt bedeuten, dessen Tragweite nicht abzuschätzen werden kann. Ansehens des beinahe unerschütterlichen Vertrauens, das Hitler noch bis vor kurzem im Volke besaß, trat ein deutlicher Vertrauensverlust an der Saar große Gefahren für das ganze nationalsozialistische System in sich, umgekehrt würde ein Sieg Hitlers eine neuerliche Festigung seiner Stellung im Staate zur Folge haben, die Einmischung des Nationalsozialismus im Herzen Europas könnte fortgeschritten.

Begreift man nun, mit welcher Spannung hauptsächlich die deutschen Gegner des Nationalsozialismus auf den Ausgang der Saarabstimmung warten? Begreift man auch, wenn heute ganz Deutschland nur ein Problem kennt, das es von Tag zu Tag erfüllt, die Saarabstimmung?

Es klingt unlaublich, aber es ist so: Während der eine Teil des deutschen Volkes davor zittert, daß das Saargebiet nicht zum Reich zurückkehren könnte, zittert ebenso sehr der andere Teil des Volkes davor, daß Hitler an der Saar siegen könnte! Zwei Hoffnungen spalten Deutschland! Zwei Hoffnungen können das deutsche Volk bis zu den Tagen um den 13. Januar 1935 herum! Alles andere tritt nun in den Hintergrund, interessiert nicht. Denn die Saar wird als Prüfstein angesehen, ob Deutschland auf längere Zeit dieses Leben weiter führen oder ob die Stunde des braunen Systems bald geschlagen haben wird.

Und begreift man nun auch, wenn die Saar das Schicksal Deutschlands werden kann? Jawohl, hier in dem kleinen Völkchen fallen die Schicksalswürfel — und die Bevölkerung ist sich dessen nur zu einem kleinen Teil bewußt. Sie weiß kaum, daß sie es in der Hand hat, ein Sechzig-Millionen-Volk zu weiterer Anrechtshaft unter brauner Despotie zu verurteilen; sie weiß kaum, daß es an ihr liegt, vor aller Welt laut zu sagen, was ein Sechzig-Millionen-Volk nicht ausdrücken darf; und sie weiß kaum, daß sie berufen sein könnte, diesem großen Volke die Fackel der Freiheit zu werfen, damit sie lodere und hell aufblasse, bis auch die winzige Erde deutschen Bodens von der Dunkelheit der Unterdrückung befreit ist.

zählung der zu gleicher Zeit veröffentlichten Arbeitslosenziffer von 2,8 Millionen gäbe es demnach in Deutschland rund 17,5 Millionen Arbeitnehmer. Das sind amtliche Zahlen, die die „Saarbrücker Zeitung“ nicht bestritten kann. Wir haben ferner festgestellt, daß in dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1934 die Zahl der Arbeitnehmer mit 20 887 000 angegeben wird. Auch das ist eine amtliche Zahl, und die „Saarbrücker Zeitung“ verneint nicht im geringsten, auch diese Zahl zu bestritten. Wenn wir diese letzte Zahl mit der obigen Zahl von 17,5 Millionen Arbeitnehmer vergleichen, so kann ein jeder, der die Volksschule besucht hat, sich ausrechnen, daß in den neuesten statistischen Ausweisen über die Zahl der Beschäftigten und Arbeitslosen in Deutschland die Kleinigkeit von 3,3 Millionen Arbeitern fehlt. Da die Zahl der Arbeitslosen nach amtlicher Feststellung 2,1 Millionen ist, so mußte unter Dinzuziehung dieser 3,3 Millionen angenommen werden, daß die Zahl der Arbeitslosen in Wirklichkeit 5,7 Millionen ist.

Nun will uns die „Saarbrücker Zeitung“ weismachen, daß es erweislich einmal 500 000 Kranke gäbe, dann 500 000 „unsichtbare“ Arbeitslose und 1 Million „unsichtbare“ Beschäftigte.

Dazu ist folgendes zu sagen: Wir haben nie gehört, daß die vorübergehenden kranken Arbeitnehmer in der Beschäftigungszählung überhaupt nicht eingerechnet werden. Was „unsichtbare Arbeitslose“ sind, das verstehen wir nicht. Es handelt sich wahrscheinlich um Arbeitslose, die keine Arbeitslosenunterstützung bekommen. Im übrigen wollen wir daran erinnern, daß im Sommer das Institut für Konjunkturforschung diese unmittelbaren Arbeitslosen mit 800 000 geschätzt hat, aber wie schon oben gesagt, den Leuten kommt es auf eine Lüge mehr oder weniger nicht an. Daß es darüber hinaus plötzlich in Deutschland eine Million „unsichtbare Beschäftigte“ gibt, darüber haben wir bisher nie etwas gehört. Dieser Begriff ist uns überhaupt neu. Will etwa die „Saarbrücker Zeitung“ behaupten, daß es in braunen Deutschland eine Million Arbeitnehmer gibt, die ihre Steuern nicht bezahlen und deshalb unsichtbar geworden sind? Es hat wirklich keinen Sinn, auf diesen offensichtlichen Krampf einzugehen.

Die Tatsache bleibt bestehen, daß die Zahl der Arbeitnehmer in Deutschland auch für das Jahr 1934 vom Statistischen Reichsamt mit 20,8 Millionen angegeben worden ist, und die Tatsache bleibt ferner bestehen, daß bei der Angabe der Arbeitslosenzahl mit nur 17,5 Millionen Arbeitnehmern operiert wird, daß man also im Gegensatz zu den früheren Jahren 3,3 Millionen Arbeitnehmer „vergessen“ hat. Und die „Saarbrücker Zeitung“ ist uns die Erklärung schuldig geblieben, was mit diesen 3,3 Millionen los ist. Denn auf die Mägen von den 500 000 Kranken, von der halben Million „unsichtbaren Arbeitslosen“ und einer Million „unsichtbarer Beschäftigten“ fällt doch wahrlich niemand rein, außer einigen wenigen, die unbedingt alles glauben, was ihnen von der gleichgeschalteten Presse angetischt wird.

Kleine Wirtschaftsnachrichten

Der Gesamtverbraucherlös, der jetzt im Reichsbund deutscher Verbraucherorganisationen G. m. b. H. in Hamburg zusammengefaßten Vereine ist von 1.1 Milliarden Mark im Jahre 1932 auf 823 Millionen im Jahre 1933 gesunken. Das nationalsozialistische Experiment führte also zu einem Rückgang der Umsätze um 300 Millionen Mark, obwohl 1932 bekanntlich die Umsätze an sich schon außerordentlich niedrig waren infolge der hohen Zahl der Arbeitslosen.

Am rheinisch-westfälischen Schrottmärkte ist das Geschäft immer noch sehr lebhaft, da die Rüstungsindustrie nach wie vor für diesen Rohstoff Interesse zeigt. Infolge der anhaltenden Nachfrage bewegen sich die Preise auf einem noch immer hohen Niveau. Es ist bezeichnend, daß die Schrotteinfuhr trotz aller Drosselungsmaßnahmen recht hoch bleibt, während die Ausfuhr im Vergleich zu den letzten Jahren wesentlich zurückgegangen ist.

Die I. P. Bemberg A. G. teilt mit, daß entgegen den im Umlauf befindlichen Gerüchten das große Siegburger Kunstseidenwerk der Firma noch nicht in Betrieb gesetzt ist. Die Verwaltung erklärt, daß die Frage der Inbetriebnahme des Werkes „in engstem Zusammenhang mit der endgültigen Entscheidung über die Erweiterungspläne in der Kunstseidenindustrie“ steht. Bekanntlich steht die Kunstseidenindustrie mit der Reichsregierung in Verhandlung, um zur Errichtung neuer Kunstseidenfabriken und Erweiterung bestehender Werke 1 Million Subvention zu erhalten. Eine künstliche Erweiterung der Kunstseidenproduktion würde einen schweren Schlag gegen die Woll- und Baumwollproduktion bedeuten.

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Dr. von Renteln, hat einen Vortrag in der deutschen wirtschaftlichen Gesellschaft gehalten und hat u. a. erklärt, daß die Quelle der Preiserhöhungen nicht immer beim Einzelhandel zu suchen ist, da der Einzelhandel nur das Schaufenster der Wirtschaft sei.

Infolge der Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr mit Deutschland hatte eine Anzahl von Verbänden des holländischen Handels und Gewerbes, die bisher noch nirgend einheitlich organisiert waren, zur Klärung der Zahlungsverkehr betreffenden Fragen Anfang Oktober dieses Jahres eine Kommission eingesetzt. Nachdem sich alsbald die Errichtung einer ständigen Organisation als notwendig herausgestellt hatte, erfolgte jetzt in einer stark besuchten Versammlung im Haag die Gründung der Niederländischen Vereinigung für den Warenverkehr (Nederlandsche federatie voor het goederenverkeer), die die Arbeit des ursprünglichen Komitees fortsetzen soll, und deren Ziel es ist, die Interessen des niederländischen Warenverkehrs, soweit dies nicht bereits durch andere Organisationen geschieht, in weitestem Sinne zu wahren.

Niedergang der Spielwarenausfuhr

In der neuesten wirtschaftlichen Wochenschau der Thüringischen Staatsbank wird über die Thüringische Spielwarenindustrie folgendes ausgeführt:

Der im Vorjahre in der Thüringischen Spielwarenindustrie durchschnittlich erzielte Umsatz konnte in diesem Jahr bisher nicht ganz erreicht werden. Der Rechnungswert der von der Thüringischen Spielwarenindustrie abgesetzten Erzeugnisse stellte sich zum Beispiel im September dieses Jahres auf 60 pCt. gegenüber 63,1 pCt. im September des vergangenen Jahres, gemessen am Durchschnitt der Jahre 1926/1929. Im Monat Oktober sind aber in der Spielwarenindustrie, wie berichtet wird, noch nachträglich Bestellungen in größerem Umfang eingegangen. Einzelne Spielzeugwaren, wie Schaukelpferde, gestopfte Puppen, Tiere, wie überhaupt weichgestopfte Spielwaren, fanden verhältnismäßig guten Absatz. Hersteller von Krippen und Heiligenfiguren für das Weihnachtsgeschäft hatten ebenfalls gut zu tun. Dagegen wird sehr über den starken Rückgang der Ausfuhr geklagt. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Großbritannien waren früher die besten Abnehmer für deutsche Spielwaren. Bedauerlicherweise ging aber die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten im Jahre 1933 im Vergleich zum Jahre 1932 dem Werte nach um rund 50 pCt. zurück.

Defizit bei der Reichspost

Die Reichspost hat ihren Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr vom 1. April 1933 bis 31. März 1934, das erste, das gänzlich unter die Führerschaft Hitlers fällt, veröffentlicht. Das Ergebnis steht mit den fortgesetzten Meldungen über die günstige Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im Widerspruch.

Die Beförderung von Briefen und Telegrammen hat eine weitere Abnahme erfahren, Paket- und Wertsendungen und Ferngespräche haben zugenommen. Die Betriebseinnahmen der Reichspost sind weiter zurückgegangen. Sie betragen:

1931/32	1 877 Millionen RM.
1932/33	1 653 Millionen RM.
1933/34	1 638 Millionen RM.

Dagegen haben die Betriebsausgaben eine geringe Zunahme zu verzeichnen, von 1301 Millionen RM. auf 1310 Millionen RM.; auch die Abschreibungen sind um 65 Millionen RM. höher. Nach dem Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom Februar dieses Jahres muß die Reichspost 6 Prozent der Betriebseinnahmen und die Ersparnisse aus der Kürzung der Beamtenbezüge abführen. Sie betragen für das abgelaufene Geschäftsjahr 227,8 Millionen RM. Um diese Verpflichtung erfüllen und die laufende Postabfindung an Bayern und Württemberg bezahlen zu können, müssen 224,8 Millionen RM. aus dem Sondervermögen der Reichspost genommen werden. Um beinahe eine Viertel-milliarde wird also das Sondervermögen der Reichspost nach dem ersten Geschäftsjahr unter Hitler erleidert:

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung

(Schluß aus Nummer 264)

4. Finanzierung durch Lohnsenkung. Ist so ein bedeutender Teil der Arbeitsbeschaffung unmittelbar auf Kosten der Arbeitslosen finanziert worden, so ein anderer nicht minder bedeutender Teil auf Kosten der Betriebsarbeiter. Die Unternehmer wälzen mit Unterstützung der öffentlichen Stellen die Kosten der Mehreinstellungen im Zuge der Arbeitsschlacht durch Lohnsenkungen und Arbeitsstreckung auf die Arbeiter ab. Die Tarife bleiben formal zum großen Teil unverändert, aber durch Abbau der Ueberverdienste, Uebergang zu lohndrückenden Akkordsystemen, Befreiung ganzer Unternehmungen von der tariflichen Bindung und ähnliche behördlich sanktionierte Verfahren des Lohnraubs, vor allem aber durch die immer mehr um sich greifende Kurzarbeit, verdienen viele Arbeiter kaum mehr als den Unterstützungssatz Selbstverständlich macht das Regime jede statistische Erfassung dieses Lohnabbaues unmöglich. Man ist auf indirekte Schlüsse angewiesen. Einige Beispiele aus den Abschlüssen großer Unternehmungen für 1933, die allerdings den Lohnabbau erst zum Teil widerspiegeln:

Krupp steigerte seine Belegschaft gegen das Vorjahr von 35 600 auf 43 450. Die Lohnsumme aber sank von 69 auf 67 Millionen, der Durchschnittsverdienst also von 1932 Mark auf 1543 Mark. Bei Hoesch stieg die Zahl der Beschäftigten von 19 960 auf 20 290, die Lohnsumme sank von 43 auf 38 Millionen, der Durchschnittsverdienst von 2267 auf 1869 Mark. Bei der I. G. Farben vermehrte sich die Belegschaft von 67 000 auf 77 000, die Lohnsumme stieg von 173 auf 175 Millionen, der Durchschnittslohn sank von 2582 auf 2272 Millionen. Der größte europäische Elektrizitätskonzern Siemens veröffentlichte seinen Abschluß im Spätherbst 1933. Danach war der Betrag um 10 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Die Umsätze verringerten sich von 435 Millionen im Jahre 1932 auf 350 Millionen im Jahre 1933. Dieser Rückgang erfolgte, obgleich der Konzern in den Genuß staatlicher Arbeitsbeschaffungsaufträge gekommen war. Trotz des Umsatzzurückganges und des verminderten Ertrages ist die Zahl der Beschäftigten erheblich gestiegen. Während in den Zweigstellen des Konzerns, die im Auslande tätig sind, die Zahl der Beschäftigten entsprechend dem Umsatzzurückgang zurückgegangen ist, hat sich trotz des Sinkens des Inlandumsatzes um 12 Prozent die Zahl der Beschäftigten um 15 Prozent erhöht. Trotz der Neueinstellungen im Inland ist die Lohnsumme um 15 Prozent zurückgegangen!

Im ganzen hat die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung im „dritten Reich“ eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der Kriegsfinanzierung. Damals Kriegsanleihen, heute Arbeitswechsel und Angriff auf das Sparvermögen. Damals die Rechtfertigung der leichtsinnigen Pumpwirtschaft mit dem Satz: Nach dem siegreichen Friedensschluß werden die Feinde alles bezahlen. Heute: Nach der siegreichen Arbeitsschlacht wird die neu erblühte Privatwirtschaft alles spielend begleichen. Der neue Satz ist nicht weniger gefährlich als der andere. Wie die leichtsinnige Kriegsfinanzierung zur Inflation führte, so kann die leichtsinnige Arbeitsbeschaffungsfinanzierung dieselben Folgen heraufbeschwören.

Wenn in einem Lande das Wagnis einer großen Arbeitsbeschaffungsaktion unternommen wird, dann ist dieses Wagnis nur zu verantworten, wenn die gesamte Wirtschaftspolitik dieses Landes auf die Ueberwindung der Krise, auf die Wiederbelebung der Konjunktur eingestellt wird. Statt die Arbeitsschlacht in eine solche Gesamtwirtschaftspolitik einzuspannen, hat das Regime seine ganze Wirtschaftspolitik einschließlich der Arbeitsbeschaffung außerwirtschaftlichen — machtpolitischen Zwecken untergeordnet. Statt die in Angriff zu nehmenden Arbeiten konjunkturpolitisch möglichst zweckmäßig auszuwählen, wurden sie der Aufrüstung dienstbar gemacht. Statt die Finanzierung in Grenzen zu halten, die den Aufschwung der Gesamtwirtschaft nicht gefährden können, wurde eine schwere Vorbelastung einer künftigen Wirtschaftsbelebung heraufbeschworen.

Zunächst schien das große Experiment des Regimes zu glücken: Eine optimistische Welle ging durch das Land, die politische Entspannung nach der unerhörten Zuspitzung der politischen Gegensätze in den letzten Jahren wirkte als starker Vertrauensauftrieb. Mancher Unternehmer glaubte, daß die hinter dem Regime stehenden wirklichen Kräfte es schon schaffen würden, und war bereit, als Entgelt für die Beseitigung der Gewerkschaften etwas für die Arbeitsbeschaffung zu tun. Andere duckten sich wenigstens und ließen sich überflüssige Arbeitskräfte aufhalsen. Die Arbeiter duckten sich und nahmen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen die sie sich noch wenige Monate vorher auflehnt hätten, widerstandslos hin. Die Behörden duckten sich und stellten — wenn auch erst nach manchen Kämpfen

Die Preise hoch

Kartelle fest geschlossen

Die gleichgeschaltete Presse schreibt: „Nachdem mit dem seinerzeit schon dem Abschluß nahe erscheinenden Zwangskartell innerhalb der Zigarrenindustrie nicht mehr zu rechnen war, hat der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller e. V. nochmals neue Verhandlungen begonnen, die eine Verständigung unter den Zigarrenherstellern auf freiwilliger Grundlage zum Ziel haben. Das neue Kartell, das für den Teil der Zigarrenindustrie gelten soll, der ungefähr gleichgelagerte Kundschaft beliefert, soll sich vornehmlich mit der Regelung der Zahlungs- und Lieferungsbedingungen befassen und u. a. auch Bestimmungen gegen das Schleudernwesen enthalten. Der größte Teil der in Frage kommenden Zigarrenbetriebe ist offenbar zum Abschluß eines solchen Kartells bereit.“

Die Moral der Geschichte ist: während Goerdeler die kleinen Hausierer bekämpft, werden munter neue Kartelle zur Hochhaltung der Preise ins Leben gerufen.

— ihre sachlichen Bedenken zurück. Zunächst scheitert das große Experiment zu glücken: 2,5 Millionen kamen angeblich „in Arbeit und Brot“, weitere 660 000 fanden Beschäftigung oder Unterkommen als Notstandsarbeiter im Arbeitsdienst und in der Landhilfe.

Im Endergebnis aber konnte das Experiment nicht glücken. Deutschlands Industriewirtschaft ist auf den Export angewiesen. Sie war in den letzten Jahren durch die Aufhebung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, des internationalen Güterausstausches und der internationalen Kreditbeziehungen in schwere Bedrängnis geraten. Eine wichtige Vorbedingung für die Wiederbelebung der Konjunktur und damit für den Erfolg der Arbeitsschlacht war daher die Förderung des deutschen Industrieexports. Statt dessen brachten es die Nationalsozialisten fertig, den Export im großen Umfange zu zerstören: die Drosselung der Lebensmitteleinfuhr zugunsten der Landwirtschaft setzte die Lieferländer außerstande, deutsche Ausfuhrwaren aufzunehmen, denn sie konnten die Einfuhr deutscher Waren nur mit dem Erlös ihrer Ausfuhr nach Deutschland bezahlen. Die Begünstigung der Schwerindustrie, der Rüstungsproduktion, der inländischen Rohstoffherzeugung und Ersatzstoffwirtschaft wirkten ebenso hemmend auf die Exportindustrie wie die Festlegung großer Teile des Preisgefüges durch ein umfassendes System von Kartellen und Monopolen.

Die Hauptschwierigkeit, mit der jede Finanzierung einer großen Arbeitsbeschaffungsaktion zu rechnen hat, ist die Beeinträchtigung des Kapitalmarktes. In der kapitalistischen Wirtschaft ist der Zustand des Kapitalmarktes entscheidend für die Wiederbelebung der Gesamtwirtschaft. Nur wenn ein gewisses Maß unbeschäftigter Kapitalien zusammenströmt mit der Anlagebereitschaft der Kapitalnehmer und -geber, kann privatwirtschaftlich der Aufschwung eingeleitet werden. Deshalb ist es für den Konjunkturablauf entscheidend, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung alles vermeidet, was den Kapitalmarkt erneut „versteifen“ und damit die privatwirtschaftliche Initiative hemmen könnte. Die Finanzierung der Arbeitsschlacht hat mit ihrem Pump auf die Zukunft in der Form der Arbeitswechsel das Gegenteil getan.

Auf dem Kapitalmarkt hat sich die Tendenz durchgesetzt, diese Wechsel loszuwerden und sie der Reichsbank zuzuführen.

Ende 1933 befanden sich bei der Reichsbank Arbeitsbeschaffungswechsel in Höhe von 500 Millionen RM. Im Juli 1934 erhöhte sich der Wechselbestand auf 1200 Millionen RM. Inzwischen dürfte der Bestand auf 1,5 Milliarden RM. angewachsen sein, so daß die Reichsbank jetzt bereits mehr als die Hälfte des Gesamtumschlages an Arbeitsbeschaffungswechseln hereinnehmen mußte. Außerhalb der Reichsbank befindet sich noch etwa 1 Milliarde an Arbeitsbeschaffungswechseln im Umlauf. Diese Erscheinung läßt erkennen, daß das Ziel der Umwandlung der öffentlichen in die private Finanzierung nicht nur nicht erreicht, sondern in sein Gegenteil umgeschlagen ist. Der Kapitalmarkt hat den größeren Teil der Arbeitswechsel nicht verdauen können. Jetzt hängen sie gefahrdrohend bei der Reichsbank, beeinträchtigen sie in ihrer kreditpolitischen Bewegungsfreiheit und erschüttern das Vertrauen in die Währung.

Das wirtschaftspolitische Ziel der Arbeitsschlacht ist nicht erreicht worden. Die Wiederbelebung der Konjunktur ist ausgeblieben, und mit der Erschöpfung der öffentlichen Mittel droht die Wirtschaft erneut in den Zustand der Krise zurückzusinken.

So eigenartig die deutsche Binnenmarktkonjunktur sich gestaltete — eine Konjunktur auf der Grundlage einer niedergehenden Gesamtwirtschaft! —, so sonderbar mutet auch das Bild der Stagnation an, das die deutsche Wirtschaft heute kennzeichnet. Die faschistische Wirtschaftspolitik hat dafür gesorgt, daß alle diejenigen Elemente der Konjunkturentwicklung, die eine Ueberwindung der Krise auf normale Weise hätten herbeiführen können, im Verlauf ihrer Wirksamkeit immer konsequenter ausgeschaltet wurden. Das Konjunkturmodell 1933-34 hat in sich alle Merkmale der Depression weiter ausgeprägt. Die Alternative, vor der die Wirtschaftspolitik jetzt steht, ist von einer geradezu zwingenden Form: entweder das Pendel der Konjunktur in der bisherigen Richtung weiter ausschlagen zu lassen — und das bedeutet schließlich die Inflation mit all ihren Folgen — oder aber das Konjunkturpendel nach der anderen Seite zurückfallen zu lassen — und das bedeutet nicht nur den Rückfall in die Depression, sondern den in die Tiefen der Krise. Dazwischen liegt nur noch ein kleiner Spielraum zum Manövrieren.

Handelsverkehr mit der Sowjetunion

Die soeben veröffentlichten detaillierten Angaben der Hauptzollverwaltung der Sowjetunion über den russischen Außenhandel in den ersten acht Monaten 1934 sind insofern von besonderem Interesse, als aus ihnen hervorgeht, daß Deutschland jetzt der beste Abnehmer sowjetrussischer Waren ist. Während in den ersten sieben Monaten dieses Jahres noch England als Abnehmer russischer Erzeugnisse unter allen Staaten an erster Stelle stand, ist nunmehr Deutschland, das in der Zeit Januar bis August 1934 Sowjetwaren im Werte von 52,7 Millionen Rubel aufnahm, an die Spitze gerückt, denn nach England sind in der gleichen Zeit nur Sowjetwaren für 42,2 Millionen Rubel gegangen. Demgegenüber nimmt unter den Lieferanten der Sowjetunion in der Berichtszeit England mit 30,4 Millionen Rubel den ersten Platz ein, während Deutschland, noch Anfang 1934 der größte Lieferant Sowjetrußlands, jetzt mit 20,7 Millionen Rubel an zweiter Stelle steht. Speziell im August hat Deutschland Sowjetwaren für 11,73 Millionen Rubel aufgenommen, England dagegen nur für 7,85 Millionen.

Dreigroschen-Roman

Das neue Buch Bertolt Brechts

Herbst 1928. In Berlin, im Theater am Schiffbauerdamm, gab man ein seltsames Stück, ein Gemisch von Oper und Schauspiel, die „Dreigroschenoper“. Der Text stammte von Bert Brecht, die Musik von Kurt Weill. Es war ein Erfolg, wie ihn die Theaterstadt Berlin seit Shaws „Heiliger Johanna“ nicht mehr erlebt hatte. Jeden Abend sah man im ausverkauften Hause allerfeinstes Publikum mit leuchtenden Hemdbrüsten, die der Smoking umrahmte, mit Roben von den teuersten Schneidern.

Was gab es oben auf der Bühne? Eine Bettleroper, die unter Londons niederstem Volke spielte, mit Figuren aus dem Schattentheater der Großstadt, nachgedichtet einer alten englischen Oper, die für Bettler bestimmt war. Von der Bühne her wurden wilde und anklägerische Verse ins Parkett geschleudert. Peitschenhiebe ins Gesicht der herrschenden Klassen aller Zeiten, grimmer Wig und heißer Hohn: „Nur wer im Wohlstand lebt — lebt angenehm.“ Im Parterre und auf den Rängen saßen die Angeklagten. Statt zu pfeifen, klatschen sie, als gelte es, das schlechte soziale Gewissen durch ein Bekenntnis zu den im Grunde so lieben Armen zu verschleiern.

Der Dichter half ihnen dabei etwas mit. Denn zuletzt erschien „der reitende Bote des Königs“ und rettete den kühnen und amoralischen Helden vor dem würgenden Strick. Das war nun freilich die beißendste Satire auf die täglich erlebte Wirklichkeit. Aber da war die handfest gezimmerte Handlung, im Hintergrund der Bühne saß die Kapelle, die nach den Rhythmen Kurt Weills über sie hinwirbelte, und man sang und man spielte in Kürze überall die Songs aus der Dreigroschenoper, die später zum Wahrzeichen des aller-schlimmsten Kulturholtschewismus avancierten. Es gab nur wenige deutsche Bühnen, die in den Jahren 1929 und 1930 nicht im Dreigroschen-Tempo nachexerzierten. Auch ein Film wurde gedreht, der freilich die Wirkung der atmenden Gestalten auf der Bühne nicht zu erreichen vermochte.

Wir wissen es alle noch. Inzwischen ist etwas eingetreten, was Bert Brecht und Kurt Weill nebst ihrer Hauptdarstellerin Karola Neber, die inzwischen durch Entziehung der Staatsangehörigkeit gedeelt wurde, zu Emigranten machte. Es erschien ein Gedichtband Bert Brechts (Editions du Carrefour, Paris), und nun sein bisher größtes und sein bisher stärkstes Werk: „Drei-Groschen-Roman“ (Verlag: Allert de Lange, Amsterdam). Wer nur den Namen des Buches kennt, wird einen Augenblick versucht sein, zu glauben, daß Bert Brecht den Welterfolg des Theaters im Reiche des Epos fortsetzen wollte. Aber wer sich das Buch mit seinen fast 500 Seiten vornimmt und liest und nicht mehr aufhört zu lesen, der bittet Bert Brecht solche Gedanken ab.

Er findet die alten Gestalten wieder. Macheath, Peachum, Polly und den Polizeinspektor Brown, aber sie haben inzwischen Karriere gemacht. Bettlerkönig Peachum, der reich mit Almosen hervorlockenden Lumpen, Prothesen und Instrumenten handelte, nun steht er als Kapitalist von hohem Grad wieder auf, dessen Millionen von scharfem Stavisky-Hauch umwittert sind. Er gelangt, als der große Coup mit dem Staat geglückt ist, zu den höchsten Ehren, die das Bürgertum zu vergeben hat. Wie lange hat er sich gewehrt, Macheath-Mackie Messer, als Schwiegersohn in den Schoß seiner reputierlichen Familie aufzunehmen! Macheath — der einstige Held dunkler Kaschemmen, hat gelernt, großkaufmännisch mit dem Geld in der Hosentasche zu klümpern. Seine Polly gewinnt er für immer, als er Peachum von seiner stabilisierten Lebenstätigkeit hinreißend überzeugt. Zwar sieht er eines düsteren Verbrechens wegen im Gefängnis, aber seine Genialität durchschlüpft nicht nur die Gitterstäbe, sondern es glückt ihm gleichzeitig eine siegreiche geschäftliche Transaktion. Den Herren Großkonfektionären und den Bankiers mitsamt dem Schwiegervater bringt er den höchsten Psalm des kapitalistischen Profits so überzeugend bei, daß die selige Harmonie ein von grausamer Ironie erfülltes Ende bestrahlt.

Es ist schwer, das Tatsächliche dieses dreifingerdicken Buches in wenigen Sätzen zusammenzufassen. Schließlich ist es auch nicht wesentlich. Die Gestalten sind Objekte, die von der Zeit geformt und getrieben werden. Denn spielt der Roman auch um die Jahrhundertwende, im England des Burenkrieges, so steht doch alles, was uns Heutige betrifft, auf jeder Seite und fast zwischen jedem Satz. Bert Brecht findet Parallelen, die wir grimmig belächeln, weil sie alle-mal unter uns sind. Auch die heldischen Gestalten des „dritten“ Reiches gucken dauernd aus etwas altväterlichen Rockscheiben und Hemdkragen hervor.

Macheath, woher kennen wir dich eigentlich so gut? Was für Sätze kommen aus deinem Munde, du, der „geborene Führer“, der weinend vor Entschlüssen zusammenbricht?

Gewissensfrage und 500 RM

In der „Deutschen Zeitung“ wurden unlängst tönende Worte gegen die „äußere und innere“ Emigration geschleudert. „Wir wollen es endlich in Deutschland lernen“, schleudert. „Wir wollen es endlich in Deutschland lernen“, schleudert es da, „daß wir uns auch für die künstlerischen Standpunkte und Entscheidungen füßlicher lassen, wenn es keinen anderen Ausweg in der Auseinandersetzung des Tages gibt.“

Ein Leser, und zwar, wie die Zeitung selber zugibt, ein „künstlerischer Mensch unserer Zeit, elastisch, klar-sichtig, deutsch aus der Herkunft“, scheint durch das hochtrabende Pathos mißtrauisch geworden zu sein, er stellte dem Schreiber schlicht und eindeutig folgende Frage:

„Was machen Sie, wenn ein neuer Staat die Macht über-

Dieser Macheath spricht von der „Schicksalsverbundenheit zwischen Führern und Geführten“ — wir erkennen ihn nur zu gut, obwohl ihm kein schmales Bärtchen unter der Nase wächst. All die andern: wir begegnen ihnen jeden Tag in den Hofberichten des „dritten Reiches“, unter den Treuhändern und Wirtschaftsführern, die beim Geschäftemachen, am liebsten mit korrupten Staatsbeamten, den Phrasenbrei rühren. Wir geben nachstehend einige markante Stellen aus dem Buche wieder. Sie ersparen uns jede Erläuterung, unübertrefflich, unerbittlich in ihrer Konzentration auf das Wesentliche, auf die Anklage wider den Kapitalismus, der seine Garden honoriert und sich seine Monumente errichtet.

Ein großartiges Buch. Es ist ohne Pathos geschrieben und darum viel pathetischer als einige der heftigen Thesenromane, die in der Emigration erschienen. Bert Brecht, der mit den „Trommeln in der Nacht“ begann, beweist mit diesem Buche, daß er mehr als ein Trommler für den kommenden Tag ist. Sein „Drei-Groschen-Roman“ überzeugt durch die geistige Leistung eines leidenschaftlichen Mitkämpfers, dessen Stärke in dem Mangel an Illusionen besteht.

Aus dem „Dreigroschen-Roman“

„Jedermann weiß“, sagte Peachum oft, „daß die Verbreiten der Besitzenden durch nichts so geschützt sind, wie durch ihre Unwahrscheinlichkeit. Die Politiker können überhaupt nur deshalb Geld nehmen, weil man sich ihre Korruptheit ungemein feiner und geistiger vorstellt, als sie es ist. Würde sie einer genau so schildern, wie sie ist, nämlich ganz plump, dann würde jedermann anrufen: was für ein plumper Patron! und damit den Schilderer meinen. Dabei wirkt nur das Plumpe, eben schon deswegen, weil es unwahrscheinlich ist! Herr Gladstone könnte in aller Seelenruhe Westminster anzünden und behaupten, die Konservativen haben es gemacht. Niemand würde das natürlich von diesen glauben, denn sie haben nach Ansicht der Welt viel feinere Mittel, um zu bekommen, was sie wollen, aber niemand würde die Schuld auch jemals auf Herrn Gladstone schieben. Ein Minister läuft doch nicht mit Petroleumkannen herum! . . .“

Macheath zu seinem „Unterführer“ Grooch

„Grooch“, sagte er, „Sie sind ein alter Einbrecher. Ihr Beruf ist einbrechen. Ich denke nicht daran, zu sagen, daß er seinem inneren Wesen nach veraltet wäre. Das wäre zu weit gegangen. Nur der Form nach, Grooch, ist er zurückgeblieben. Sie sind ein kleiner Handwerker, damit ist alles gesagt. Das ist ein untergehender Stand, das werden Sie mir nicht bestreiten. Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank? Was, mein lieber Grooch, ist die Ermordung eines Mannes gegen die Anstellung eines Mannes? Sehen Sie, noch vor ein paar Jahren haben wir eine ganze Straße gestohlen, sie bestand aus Holzwürfeln, wir haben sie ausgestochen, aufgeladen und weggeführt. Wir meinten wunder, was wir geleistet hatten. In Wirklichkeit hatten wir uns unnötige Arbeit gemacht und uns in Gefahr begeben. Kurz darauf hörte ich, daß man sich nur als Stadtrat etwas um die Auftragsverteilung kümmern muß. Dann bekommt man eine solche Straße in Auftrag und hat mit dem Verdienst dabei für eine Zeitlang ausgesorgt, ohne etwas riskiert zu haben.“

Peachum denkt:

„Merkwürdig“, dachte er, „wie die komplizierten Geschäfte oft in ganz einfache, seit urdenklichen Zeiten gebräuchliche Handlungsweisen übergehen! Wirklich, nicht allzu weit entfernt ist unsere so viel gepriesene Zivilisation von der jener Zeiten, wo der Neanderthaler seinen Feind mit der Keule niederschlagen mußte! Mit Verträgen und Regierungstempeln fing es an, und am Ende war Raubmord nötig! . . .“

Macheath zu Polly: „Man darf nicht der Stimme des Hasses folgen, wenn Vermögenswerte auf dem Spiel stehen!“

Macheath, zu sich selbst, im Gefängnis:

„Man sagt mir, meine Leute beschwerten sich über meine Unentschlossenheit. Aber wenn es darauf ankommt, habe ich noch immer meine Entschlußkraft gefunden. Ich weiß besser als jeder andere: man muß durchgreifen, mitunter. Man muß über alles unterrichtet sein, was im Geschäft vorgeht, und man muß alles ausreifen lassen wie eine Eiterbeule. Und eines Tages muß man durchgreifen, plötzlich aus heiterm Himmel, wie der Blitz, als Chef. Die ganze Unmoral wird aufgedeckt, schonungslos. Alles erstarrt. Der Chef hat lange zugesehen, aber dann hat er durchgegriffen. Er hat nicht seine ältesten Kameraden geschont, als er merkte, daß da etwas faul war. So ist er, man kann ihn nicht täuschen! . . .“

nimmt und ich Ihnen fünfhundert Mark in die Hand drücke? Gehen Sie über die Grenze? Was tun Sie?“

Eine klare Antwort bekommt er zwar auf seine klare Frage nicht, den vernebelten Phrasen werden vielmehr ein paar neue hinzugefügt — aber er kann Wotan danken, daß er für seine Willbegier nicht „füßliert“ wurde.

„Wenn ein neuer Staat die Macht übernimmt“ — dem Manne scheinen ja tausend Jahre recht kurz vorzukommen. Und wenn wirklich ein neuer Staat die Macht übernimmt, wie dürfte er es wagen, einem Nationalsozialisten fünfhundert Mark anzubieten? So billig hat's noch keiner von ihnen getan. Er mag sich mal bei Göing erkundigen, was dessen feudale Emigration nach dem mißglückten Münchener Putsch gekostet hat.

Immerhin ist es interessant, welche Katastrophenfragen in Deutschland bereits aufzudämmern beginnen.

Beförderungen

Die ultima ratio der Diktatur bewegt sich noch immer auf gleicher Spur. Der Oberdiktator muß von den Mördern, die ihm halfen, den Gegner überzurollen, wenn sie die Lust nicht verlieren sollen, mal welche befördern.

Die Stärksten befördert er Knall und Fall vermittelt Revolverschuß nach Walhall. Die Schwächeren erben ein Amt als Leiter, mit Berechtigung, von den unteren Mördern wiederum welche zu befördern. Und so geht das weiter.

Befördert wird jeder des Stammes Nimm. Man hängt sich voll Tressen und treibt es schlimm. Doch kommt einst die Abrechnung mit den Mördern: wird das Volk in geeinter, zorniger Masse alle die Herrn der betreten Rasse zum Teufel befördern.

Der Rote Haus.

Theater in Paris

(Stenokritiken)

Das zweite Staatstheater, Odéon, bringt ein Werk von St.-Georges de Bouhélier: „Jeanne d'Arc, la Pucelle de France“.

Noch eine Jungfrau von Orleans! Die wievielte? Hochbetrieb in „Jungfrauen“! Dazu diesmal sechsunddreißig Bilder. Von der Wiege bis zur Bahre. Nein, das Stück beginnt vor der Geburt. Mutter wird in der Hoffnung vorgeführt — bevor Hannchen aussteigt. Denn erst geht es los.

Bouhélier verarbeitet auch sonst französische Geschichtsfiguren, sobald sie ihm vor die Flinte kommen. Da gibts kein Halten.

Die Herstellungsart ist aufreizend anständig. Ein Durdschnitt zum Rasen.

Bloß zuletzt ein menschlicher Zug: wenn Johanna, fünf- undzwanzig Jahre nach der Verbrennung, ehrengerettet wird — und die alten Eltern (ungefähr) sagen: „Jetzt? Was kauf ich mir dafür?“

Johanna war zuvor gefoltert worden. Und erst der Zuschauer . . .

Abram, Direktor und Spielvogt, gibt geschmackvoll ein Ausstattungswerk (wenn auch nicht so üppig, wie das zu London im Drury-Lane-Theater passiert). Statistenheere, stundenlang. Und alles klappt.

Fraülein Falconetti war einst im Film hinreißend als Johanna. Heut ist der Umfang ihres Rollenbuchs nicht so groß wie ihr eigener. „Eine Kugel kam geflogen . . .“ (Umland). K . . .

Der Herr der Welt

Harry Piel und die Volksgemeinschaft

Harry Piel ist ein smarterer Gentlemanverbrecher. Ein Mann, der aus dem fahrenden Flugzeug in ein rasches Auto springt und der es allein, als Sherlock Holmes, mit zwei Dutzend schwerer Jungens aufnimmt.

In diesen Tagen, da das deutsche Volk einen inneren Umbruch erlebte, änderte sich aber manches. Ein Jahrmarkt-schreier wurde zum Chef von Kunst und dergleichen, ein mystischer Wirkkopf zum Chef der Ideologie.

In diesen Tagen des inneren Umbruchs verließ auch Harry Piel seine Flugzeug-Saltomortale und seine Verbrecherjagden. Er verfilmte Hitlers „Mein Kampf“ und die anderen epochalen Werke dieser neuen Bruchepoche. So entstand sein „Herr der Welt“.

Also der Herr der Welt. Das ist ein böser Gehirnmensch, eine Intellektbestie, die Menschenmaschinen, also Roboter, erfindet. Roboter, die die Arbeiter aus den Betrieben drängen, Roboter, die im Kriege eine unbesiegbare Macht sind.

Dieser böse Geist hätte zu anderen Zeiten sicher gesiegt. Nicht aber im gegenwärtigen Deutschland. Da hat er sich gründlich verrechnet. Was, Blig und Feuer speiende Kampfroboter? Weg mit ihnen, das friedliche „dritte Reich“ braucht sowas nicht!

Der böse Geist unterliegt. Der charmante und blonde neue Geist siegt. Die Roboter werden zu gefährlichen und schweren Arbeiten verwandt. Die Unternehmer aber müssen den entlassenen Arbeitern Siedlungsland kaufen. Beim Kinogang sagt jemand: Aber wer kauft denn die Agrarstoffe, wenn alle Arbeiter zu Bauern und alle Roboter zu Bauern werden?

Lieber Fremdling, zerbreche Deinen Kopf nicht mit solchen Fragen. Denn in diesem Knäuel von Widersprüchen ist das nicht der einzige. Der Herr der Welt von Harry Piel. Das ist das Deutschland von heute, das ist der schalste Kitsch und das Armutszeugnis für eine Kunst, die es nie zu etwas bringen kann.

Denn wie Eisenstein in seinem Brief an Goebbels richtig sagte: „Wahrheit und Nationalsozialismus sind unvereinbar!“

Und ohne Wahrheit keine große Kunst, Herr Harry Piel in Firma Joseph Goebbels. („Das Rote Blatt“)

Kampf um Kisch

Egon Erwin Kisch, der zunächst von den australischen Behörden verhaftet, dann aber freigelassen worden war, wurde von der Schriftsteller-Vereinigung Australiens eingeladen, an einem Diner zu Ehren des englischen „Poeta laureatus“ Masefield teilzunehmen. Gegen diese Einladung wurde aus offiziellen Kreisen protestiert, weil zwei Minister die Absicht hatten, der auch an sie ergangenen Einladung Folge zu leisten. Daraufhin hat der Sekretär des Verbandes der Schriftsteller seinen Rücktritt erklärt.

Aus dem Zellengefängnis

Briefe aus bewegter, schwerer Zeit 1848-1856

Otto
von
Corvin

Zu den interessantesten Gestalten der Revolution von 1848 gehörte Otto von Corvin. Er wurde 1812 in Gumbinnen in Ostpreußen als Sohn eines Postdirektors geboren. 1830-35 diente er als preussischer Leutnant erst in Mainz, dann in Saarlouis. Nachdem er seinen Abschied genommen, nahm der geistig vielseitig interessierte junge Mensch an den Bewegungen des Vormärz lebhaften Anteil — als leidenschaftlicher Republikaner und Demokrat. 1848 kämpfte er in den Reihen der Aufständischen in Baden. Im Mai 1849, als die Gegenrevolution die Oberhand gewann, verteidigte er als Bürgerwehroberst Mannheims die Stadt gegen die Preußen. Als Chef des Generalstabes suchte er dann die Festung Rastatt zu halten. Nach ihrer Uebergabe wurde er standrechtlich zum Tode verurteilt, kurz vor der Erschießung zu sechsjähriger Festungshaft begnadigt.

In seinen „Erinnerungen“ schildert er, wie diese Begnadigung eintraf, als schon alles für die Erschießung vorbereitet war. Diese sechsjährige Festungshaft hat er bis zur letzten Stunde abbüßen müssen. Er hat in diesen Jahren viel gelitten. Aber liest man die Briefe, die er an seine Frau geschrieben hat, so wird man finden, daß der damalige St.-afvollzug (für einen Rebellenführer, der mit der Waffe ergriffen wurde!) immer noch human war, verglichen mit den Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern, in die achtzig Jahre später das „dritte Reich“ seine Gesinnungsgegner sperrt. Wir veröffentlichen eine größere Anzahl der Briefe Corvins. Sie sind seinem längst vergriffenen, 1884 erschienenen Buche „Aus dem Zellengefängnis“ entnommen. Es sind menschliche Dokumente von tragischer Größe und mit bemerkenswerten Einblicken in die politische Situation nach 1848 darunter. Vor allem den Briefwechsel mit seiner Frau wird jeder Mitfühlende mit tiefer Anteilnahme lesen.

Otto von Corvin hat nach seiner Entlassung eine vielseitige schriftstellerische Tätigkeit ausgeübt. 1861 erschienen seine vierbändigen „Erinnerungen“. Die Reihe seiner Geschichtswerke ist lang. Am bekanntesten ist er durch den „Pfalzspiegel“ geworden, der in den weltanschaulichen Kämpfen der Vorkriegszeit eine gewisse Rolle spielte. Im Jahre 1886 endete sein reiches und abenteuerliches Leben.

10. Fortsetzung

Im Gefängnis wird geprügelt . . .

Sonntag nachmittag. Ich habe doch nun seit zwei Jahren sehr viel Merkwürdiges und Seltsames erlebt und sollte mich eigentlich über nichts mehr wundern; allein der Vorfall von gestern kommt mir gar nicht mehr aus dem Gedächtnis. Ich bin förmlich wie vor den Kopf geschlagen; selbst alle Aufseher, die ich seitdem gesehen habe, scheinen ganz konsterniert. . . . Was mich empörte war diese dreiste, auf dem Wege der Autorität vorgenommene Verlegung des Gesetzes; denn wie es einem preussischen Offizier möglich ist, gegen jedes Gesetz einem Gefangenen Stockschläge geben zu lassen, so ist es auch möglich, daß er sich jede andere Mißhandlung und gegen jeden erlaubt, wie es ihm eben gefällt. Wir stehen demnach außer dem Gesetz und das ist bei dem Charakter, wie ich ihn an den preussischen Offizieren kenne, eine erschrecklich unsichere Stellung! — „Die Kerls“, sagte der Offizier auch, „haben alle den Strang verdient.“ — Wenn es ihm nun einfiel, dem mangelhaften badischen Gesetz nachzuhelfen? Der Offizier, wahrscheinlich der Major von Eberhardt selbst, kam um die Mittagszeit her, nach der Parade. Zu dieser Zeit, das möchte er wissen, sind der Herr Direktor und alle höhern Beamten der Anstalt, wie auch die meisten Aufseher nicht in derselben. Wahrscheinlich hat nun der Herr Major dem Oberaufseher imponiert, ihm befohlen, ihm die Verbrecher, die zum Fenster hinausgesehen, vorzuführen und dieser — hat gehorcht, obwohl ihm niemand zu befehlen hat als der Direktor der Anstalt. — So denke ich mir den Zusammenhang. Wäre ich hiesiger Beamter, ich wüßte, was ich täte. — Dieser Vorfall wird indessen nicht zur Beliebtheit der Preußen in Baden beitragen; denn alle Beamten, wie sie auch heißen mögen, werden diese türkische Willkür und Verhöhnung des Gesetzes sehr übel vermerken; es ist ja kein einziger sicher, daß ihm nicht jeden Augenblick etwas Ähnliches in seinem Wirkungskreis begegnet. . . . Der Herr Doktor ist wieder ins Bad gereist. Er hat mir versprochen, wenn er wieder kommt, im Herbst, solle ich Selbstertrinken trinken. Im Winter versprach er mir eine Frühjahrskur. Es ist schade, daß die Versprechungen — die bekanntlich preussische Medizin sind, nicht auch die Kraft der wirklichen Mittel haben. . . .

Dienstag abend. Es ist mit dem Prügel ganz wie ich oben vermutete. Der Herr Direktor ist gleich nach Karlsruhe gefahren und hat sich beschwert. Ein glücklicher Zufall hat es gewollt, daß die drei Geprügelten drei der schlechtesten Subjekte im ganzen Zuchthaus und keine politischen Gefangenen waren, — obwohl sie diese Prügel nicht einmal mit Recht bekommen haben, denn es fragt sich sehr, ob sie geschimpft haben. Ich habe stark den Verdacht, daß politische Gefangene so unpolitisch waren zu schimpfen, aber so politisch, sich deshalb nicht zu melden, um den Hundelohn in Anspruch zu nehmen. Der Zufall wollte, daß gerade der Leutnant von der Naditronde bei der Schildwache wart; er behauptete, daß aus den drei von ihm angelegenen Zellen geschimpft worden sei — und ein Leutnant irrt nie! — Ich bin so betrübt, wie fast noch nie. . . . Da drückeln die klugen Leute haben gut reden, man solle sein Schicksal männlich ertragen usw. Das ist alles sehr schön und ich trage es ja auch; allein das Gefühl kann ich mir doch nicht hinwegklügeln. Hoffnung hab ich gar keine. Ich hoffe bis jetzt immer, die Zeit solle einige Erleichterungen wenigstens bringen; allein ganz im Gegenteil; man scheint „höheren Ortes“ immer härter gegen uns gesinnt zu werden. Von der Erlaubnis zum Auswandern, wovon früher so viel die Rede war, ist jetzt alles still, da einige das Anerbieten abgelehnt haben. Die ärmlichste, niedrigste Existenz in der Freiheit wäre mir recht. Ich habe vielleicht Unrecht, Dir das Herz schwerer zu machen, als es schon ist, allein ich kann nicht anders. Wenn soll ich denn klagen, wenn nicht Dir! Gute Nacht!

Den 4. Juli. „Nur mit Entsetzen wach ich morgens auf! Ich möchte heiße Tränen weinen, den Tag zu sehen, der in seinem Lauf mir auch nicht einen Wunsch erfüllt, nicht einen!“ — So ruf ich mit Faust und wollte ein Mephisto erscheinen und mich auf seinem Mantel davon führen, ich wollte mit ihm kontrahieren. Der Himmel ist so schön blau und die Schwalben segeln so froh und frei durch die Luft, daß wir vor Sehnsucht fast das Herz zerpringt.

Ich komme wieder auf die Prügelgeschichte zurück. Der ganze Aufsichtsrat hat sich bei dem Justizministerium beschwert und alle Herren haben erklärt, daß sie ihre Stellen niederlegen würden, wenn dieser Willkür des Majors von Eberhardt nicht ein Ende gemacht würde. Der Herr glaubt, er sei Pascha von Bruchsal! —

. . . . Aus einem Garten tönt Musik herüber, muntere Musik! Du glaubst nicht, wie traurig das macht. — Wie erbärmlich schwach man doch ist. Vor einiger Zeit fing ich an, es als ein Glück zu betrachten, nicht erschossen worden zu sein; allein jetzt ist wieder alles schwarz bei mir und gar keine Existenz scheint mir meiner jetzigen bei weitem vorzuziehen. Wenn die verdammte Hoffnung nicht wäre! Mich tröstet sie zwar keineswegs, ja erquickt mich nicht einmal, allein sie hält mich doch von dem Entschluß ab, dieser Existenz ein Ende zu machen. Der Mensch ist doch von Natur ein feiges Tier. Da lobe ich mir den Fuchs! oder doch mandchen Fuchs, der um seine Freiheit zu retten, sich mit seinen Zähnen den im Eisen gefangenen Fuß abmagt. . . .

— Schon ein Jahr gefangen und noch nicht vergessen? — Da kann ich von Glück sagen. Mir fällt dann immer das Gedicht von Chamisso ein: „Du lieber, lieber Landsknecht!“ und die Erzählung von einem chinesischen Philosophen, der auf dem Kirchhof eine junge, weinende Frau fand, welche mit einem großen Fächer ein Grab fächelte. Es war das Grab ihres Mannes. Sie hatte versprochen, nicht eher zu heiraten, bis das Grab trocken sei. Sie weinte — weil es so langsam trocknete und half mit dem Fächer nach. Der Philosoph setzte sich zu ihr und — fächelte auch.

Der Gefangene in Verzweiflung

Corvin an seine Frau.

Freitag, den 7. November 1851. Die Reise wird Dir beschwerlich gewesen sein; allein es tröstet mich, daß sie Dich geistig und körperlich erfrischt hat. Frankfurt ist wirklich nichts für Dich. Mit Ausnahme einiger weniger Personen sind Deine Umgebungen eben nicht geeignet. Dich in Deiner betrübten Lage aufzurichten. Es sind das meistens Menschen, wie die Ammen in Romeo und Julie; ist's nicht Romeo — nun dann ist's Graf Paris. Sie sind eben — Volk per excellence. Heute spannen sie sich vor den Wagen irgendeines Mannes und einige Zeit darauf werfen sie ihn mit Kot.

. . . . Ich warte jetzt mit Schmerzen auf die Bücher, denn zum Schreiben hab ich gar keine rechte Ruhe. Du glaubst gar nicht wie wunderbar diese Zellenhaft auf den Geist wirkt; man macht alle möglichen Phasen durch und es tut mir leid, daß ich nicht ein Tagebuch führen konnte, um den ganzen chemischen Prozeß — wenn man's so nennen kann — zu verfolgen. — Mein arm Vögelchen tut noch immer nicht den Schnabel anders als zum Essen auf. Es ist jetzt ganz goldgelb und wunderschön, allein leider verstimmt. . . . Mit meiner Gesundheit geht es gut, obwohl ich finde, daß ich immer bleicher werde. Beunruhige Dich deshalb aber nicht; frische Luft, etwas Freude und gute Nahrung würden mich bald wieder restaurieren.

Sonntag, den 9. vormittags. Noch einmal, meine Helene, will ich Dir sagen, wie sehr ich mit allem, was Du in den letzten beiden Monaten für mich getan hast, zufrieden bin und wie von ganzem Herzen ich Dir dafür danke, mag der Erfolg sein welcher er wolle. Man hat, wie ich aus mancherlei entnehmen, hier in Baden schon seit längerer Zeit den Entschluß gehabt, diesen Spätherbst etwas mit den politischen Gefangenen aufzuräumen; ob nun die Verhältnisse, welche der Minister (von Manteuffel) erwähnt, abermals darin eine Aenderung hervorbringen werden, kann ich nicht beurteilen; allein meiner Meinung nach wäre es eine Torheit zu glauben, daß die „Bestrebungen der Zeit“ durch die erlittene Niederlage der demokratischen Partei niedergedrückt seien. Man braucht die Geschichte nur oberflächlich zu kennen. . . .

Habe ich das Meer in meiner Gewalt, weil ich einen — Topf voll Meerwasser in meinem Zimmer habe? — Was sind wir (Gefangene) anderes als einige Tropfen aus dem Zeitstrom! — Daß man einen Mann wie Napoleon festhält, finde ich begreiflich, ja ich würde es vollkommen gerechtfertigt gefunden haben, wenn man ihn erschossen hätte, denn das Leben eines Mannes, ja selbst wenn sein Tod eine offenbare Ungerechtigkeit gewesen wäre, kann gar nicht in Betracht kommen, wenn es sich um das Glück

und die Ruhe von Millionen handelt, oder man wenigstens überzeugt ist, daß es sich darum handelt; allein was sind wir? — Unseresgleichen gibt es noch viele und ob ein Cromwell unter uns ist, — nun das weiß man ja nicht und kann dreist das Gegenteil annehmen, da solche Leute eben sehr selten sind.

— Ist es jetzt nichts, so laß uns auf den Januar hoffen und dann wieder auf das Frühjahr, oder auf den 29. August oder auf eine augenblickliche Windstille, — oder auf einen neuen Gewittersturm, der neue Schiffbrüchige bringt, — denen wir Platz machen müssen. Du siehst, meine Hoffnungen sind sehr bescheiden. Ich würde heucheln, wenn ich sagte, daß ich nicht mit der allerbrünstigsten Sehnsucht der Freiheit entgegenlechte; allein ich füge mich in das Unvermeidliche und trage es; aber ich würde es müder schwer tragen, wenn mich der Gedanke an Dich Aermste nicht beunruhigte. . . .

Du äußertest einmal in einem Briefe, Du erwartest ziemlich viel von dem was ich hier schreibe! — Leider muß ich Dir sagen, daß Du Dich darin täuschst. Zeit hätte ich allerdings zu schreiben, allein Zeit ist nicht Muße! Ich bin nicht im Stande, etwas für den Druck zu schreiben. Gedanken habe ich genug, auch neue, — allein ich gleiche einem Fieberkranken; meine Gedanken sind nur Blitze, der Zusammenhang fehlt und ist stets durch das Gefühl des Gefangenseins unterbrochen; breitet mein Geist seine Schwingen zu einem Fluge aus, so stößt er damit sogleich gegen das eiserne Gitter. In den letzten Monaten hab' ich sehr wenig geschrieben und was ich schrieb ist so stümperhaft! — es wird mir schwer, das Gewöhnlichste in erträglichem Stil zu Papier zu bringen. Ich will mich auch nicht mehr damit abqualen, sondern mich in Zukunft damit begnügen, abgerissene Gedanken, wie sie kommen, flüchtig zu notieren, vielleicht daß ich dann einmal später Muße habe, das Chaos zu ordnen. Hauptsächlich beschäftigen mich Ideen über den Staat, die Gesetze, die Religion in Verbindung mit und in Beziehung zum Staat und der Gesellschaft überhaupt und ich verspreche mir selbst viel von meinem Nachdenken darüber, wenigstens Originelles, da ich über diese Gegenstände stets wenig lesen mochte, da es mich nie befriedigte. Zufällig fiel mir Rousseaus contrat social in die Hände, den ich noch nicht gelesen hatte und war unangenehm überrascht, so vieles, was ich mir konstruiert hatte, darin nicht allein der Idee, sondern selbst den Worten nach zu finden! Wer würde nun glauben, daß meine Gedanken originelle sind? und daß ich Rousseau bis jetzt nicht gelesen habe? — Allein das ist doch nur Einzelnes, denn Rousseau genügt mir keineswegs und ich weiche in sehr vielen und wesentlichen Dingen von ihm ab.

— Ich möchte schon schreiben; allein nun quält es mich, nicht zu wissen, was Plato, Montesquieu, Argenson, Bacon usw. usw. über diesen Gegenstand gesagt haben. Doch das alles würde mich nicht abhalten, wenn ein solches systematisches Werk, welches mit äußerster Präzision und der exaktesten Logik durchgeführt werden muß, nicht einen freudigeren Geist erforderte, als der meine jetzt ist. Könnte ich nur zu einer Kapiteileinteilung gelangen, so hätte ich schon halb gewonnen; allein fange ich an, so fällt mich mitten drin ein ungeheurer Ekel, eine Art Verzweiflung darüber, daß ich gefangen bin; ich werfe alles weg und brüte — über unsere Hoffnungen, womit ich die meiste Zeit verschwende, obwohl ich's mir selbst nicht gestehen will und ich die Torheit davon vollkommen einsehe. — Leichtere Lektüre, besonders englische, ist eine wahre Arznei für den fieberhaften Zustand meines Geistes; ich interessiere mich für die dümmste Geschichte, in welcher nur Menschen spielen. Im allgemeinen sind mir die Menschen erschrecklich verächtlich und doch interessieren sie mich allein, doch liebe ich sie, — erkläre mir, wenn Du kannst, dies Rätsel. —

In einem früheren Briefe schriebst Du, Dein ganzes Leben sei Dir wie ein Traum, Du wüßtest oft nicht, ob Du wirklich meine Frau seiest usw. und fühltest das Bedürfnis, Dich durch den Augenschein von meiner Existenz zu überzeugen. Es geht mir ganz ebenso und ich muß Dich sehen, sei es auch hinter dem verdammten Gitter! Du warst zuletzt im Februar 1850 hier, das sind jetzt bald zwei Jahre! — Alle Geduld verläßt mich und es wird mir erbärmlich schwer, nicht der Bitterkeit, die mein Herz füllt, Worte zu geben, wenn ich an die Grausamkeit dieser Trennung denke, welche die Juristen gar nicht als eine Strafe, sondern nur als ein beiläufiges Anhängsel derselben betrachten. . . .

Ich darf gar nicht weiter davon reden; diese Trennung ist mir härter als die ganze Gefangenschaft. — . . .

— Jetzt singen sie oben in der Kirche die Vesper; Du glaubst gar nicht, wie mich dies Gesänge verstimmt. —

. . . . Gestern morgen schneite es; der Winter stellt sich zeitig ein und ich fürchte er wird nicht so gelinde werden wie voriges Jahr. Die Schuhe leisten mir gute Dienste; die Filzsohlen hatte ich bereits durchgelaufen und habe sie mit Leder besohlen lassen. Ich habe keine Strohecke in der Zelle und entbehre sie nun auch nicht, ja sie würde mir lästig sein, da sie mich hindern würde, die Zelle rein zu halten. Die abscheulichen Salbhänder stauben so, daß ich täglich zwei Hände voll Wollenstaub zusammen kehre. Um Mittag bin ich gewöhnlich mit meiner Arbeit fertig; dann reinige ich die Zelle ordentlich und mache nochmals Toilette, wobei ich stets eine unglaubliche Menge schwarzer Wollenfaseln abkämme. Erst dann komme ich mir ungefähr wie ein Mensch vor. . . . Du glaubst gar nicht, mit welcher Befriedigung ich am Sonntagmorgen die vergangene Woche auf dem Kalender austreiche.

Ich bitte Dich, sei vorsichtig mit Deinen Mitteilungen, damit nicht wieder vorzeitiger Unsinn in die Zeitungen kommt. — Manchmal male ich mir den Gedanken aus, was ich empfinden werde, wenn man mir die Freiheit ankündigt; sicherlich mehr als bei der Nachricht, daß ich nicht erschossen werden sollte; denn närrischer Weise mischte sich darin ein klein wenig Verdruß, so viel geistigen Aufwand — für nichts gemacht zu haben! Der Mensch ist eben ein närrisches Tier. —

(Fortsetzung folgt.)

Die Sprengstoffschmuggler vom Bodensee

Vor dem Bundesstrafgericht von St. Gallen

St. Gallen, den 28. November 1934.

Hier begann bei überfüllten Tribünen vor dem Bundesstrafgericht der Prozess in der bekannten Sprengstoffschmuggleraffäre am Bodensee vom 21. Juli 1934. Vor den Schranken des Gerichts erschienen Jakob Matt, Wilhelm Hammerle und Anton Kolb, die seinerzeit in Konstanz verhaftet wurden, während die übrigen drei Angeklagten Karl Wirth, Ferdinand Collig und Eugen Stöbl nicht erschienen sind, gegen sie werden die Verhandlungen in contumaciam geführt. Alle drei Angeklagten sind Mitglieder der „Deutscherischen Legion“ in Deutschland. Sie erklärten übereinstimmend, auf Befehl gehandelt zu haben.

Sie wollen sich nicht bewußt gewesen sein, etwas Strafbares begangen zu haben, besonders nicht gegen die Schweiz. Der Angeklagte Matt erklärte, in der politischen Gauleitung in Lindau tätig zu sein. Er wußte, daß sich in dem Koffer und in der Aktentasche Sprengstoff befand, da er diesen selbst verpackt hatte. Was sich in den übrigen Paketen befand, wußt er nicht gewußt haben. Er hatte den Befehl, die Ware über den See nach der Schweiz zu bringen, von Collig erhalten. Der Transport ging auf Kosten der „Deutscherischen Legion“. Matt gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Mehrheit des Volkes in Deutschland gegen die heutige Regierung sei. Die Freundschaft mit Italien sei ein Verrat am „deutscherischen Volk“.

Rechtlich lauten die Aussagen der übrigen Angeklagten. Der Angeklagte Kolb hat ebenfalls den Befehl zum Transport der Ware mit dem Motorboot erhalten, und zwar von Stöbl. Kolb bekennt, gewußt zu haben, was sich in den Paketen befand. Kolb erklärt weiter, daß Absicht in Münden der Leiter der ganzen Bewegung in Deutschland sei. Die „Deutscherische Legion“ vertritt nur, in Deutschland die „Freiheit zurückzubekommen“. (Die Freiheit für die Nazis!) Hätte die Regierung eine Volksabstimmung veranstaltet, wären die Bürgerkriege vermieden worden.

In der Nachmittagsitzung vom Montag erfolgte die Vernehmung der Sprengstoffschmugglerverständigen Dr. Sauter und Stauder. Beide erklärten übereinstimmend, daß es sich um hochbrisante Sprengstoffe handelte, welche geschmuggelt wurden, wie man sie nur beim Militär verwende, zum Sprengen von Brücken, Bahnhöfen usw. Angekündigte Versuche mit der geschmuggelten Ware hätten dies bewiesen.

Mehrere Landjuden geben eine Darstellung der Vorgänge in St. Gallen und über die Verhaftung der drei Angeklagten. Die Polizeisten sind überzeugt, daß die Angeklagten wußten, was sie transportierten.

Der zweite Tag

St. Gallen, 28. Nov. Am zweiten Sitzungstage erfolgte zuerst das Plädoyer von Bundesanwalt Dr. Stämpfli, der das eingeklagte Verbrechen als in hohem Maße völkerrechtswidrig bezeichnete. Die Schweiz muß sich dagegen wehren, daß unser Land durch solche Bombenaffären in internationale Handel gezogen wird. Mit der Entschuldigung der deutschen Regierung ist nur die völkerrechtliche Seite erledigt. Die Angeklagten wurden auf frischer Tat ertappt. Sie haben in der Einvernahme ihre Geständnisse abgelehnt, ohne aber glaubwürdige Gründe hervorbringen zu können. Sie hatten in der Voruntersuchung schon bei der ersten Einvernahme ein Geständnis abgelegt. In diesem Zusammenhang untersuchte der Bundesanwalt die Frage der Verfolgbarkeit der im Ausland begangenen Verbrechen, wobei er zur Befragung dieser Frage kam. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Angeklagten in vollem Bewußtsein ihrer Tat gehandelt haben. Der freisinnige Transport von Sprengstoffen durch unser Land muß mit aller Schärfe verhindert werden, und darum ist eine scharfe Verurteilung der Schuldigen nötig. Der Bundesanwalt schloß seine Ausführungen mit folgenden Anträgen: Sämtliche sechs Angeklagten seien des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz schuldig zu erklären und

zu folgenden Zuchthausstrafen

zu verurteilen: Collig vier Jahre, Stöbl drei Jahre, Matt, Hammerle, Kolb, Wirth zu zwei Jahren, unter Abzug von vier Monaten Untersuchungshaft für Matt, Hammerle und Kolb.

Ferner sollen den Angeklagten die Kosten unter solidarischer Haftung auferlegt werden. Endlich werden das beschlagnahmte Material und das Motorboot „Seelöwe“ konfisziert.

Demgegenüber beantragte der Verteidiger, Dr. Hansmann, die Freisprechung aller Angeklagten. Eventuell verlangte er milde Verurteilung. Er leitete sein Plädoyer mit der Feststellung ein, daß es sehr leicht möglich sei, sich in Deutschland Sprengstoffe zu verschaffen. Andererseits bezeichnete er es als sehr unwahrscheinlich, daß die Angeklagten sich bewußt gewußt waren, schweizerischen Gesetzen zu widerhandeln. Der Theorie, daß ein Komplott vorzuliegen habe, trat er mit dem Hinweis entgegen, die Angeklagten hätten auf Befehl gehandelt.

„Professor Mannheim“

Der Züricher Frontisten-Lärm wird fortgesetzt — 130 Verhaftungen

Zürich, 28. November.

Die Unruhen um die „Pfeffermühle“ und das Drama von Friedrich Wolf „Professor Mannheim“ sind keineswegs abgeebbt. Sie haben vielmehr einen recht ernsten Charakter angenommen, der allen politischen Anstrengungen weit über Zürich hinaus ernsthafte Sorgen macht. Immer wieder hatten die „nationalen Fronten“ die Abkehrung des Stüdes vom Spielplan gefordert, mit Hilfe von wild auftretenden Flugblättern und Artikeln. Offen wurden neue Demonstrationen angekündigt.

Am Montagabend brach es wieder los. Die Polizei hatte sich vorgegeben, Mings um das Theater waren Sperren errichtet worden. Vorforsaltherweise hatte die Polizei auch spanische Kletter in Bereitschaft und fünf Hydrantenleitungen waren aktionsbereit. Die Polizeimannschaft war mit Karabinern und Stahlhelmen ausgerüstet. Als die Frontkämpfer versuchten, gegen das Stadttheater vorzudringen, sah sich die Polizei veranlaßt, in Gruppen auszuschnappen und die Anstimmungen zu zerstreuen. Die Polizeisten wurden von den Frontkämpfern fortwährend beschimpft; ein beliebiger Ausdruck der Nazidiktatur ist nun: „Judenpolizei“. Im Verlauf des Abends wurden rund 130 Verhaftungen vorgenommen, worunter sich der Landesführer der Nationalen Front, der Millionärsohn Henne, befindet. Polizeidirektor Pfister war gerade anwesend, wie der sonst so grobkörnige Faschistenchef der Polizei Kleinant seine Personalien deklinierte. Beim Polizeirapport stellte es sich heraus, daß es sich bei den verhafteten Kameraden des Landesführers Henne fast ausschließlich um wegen Gemeindelisten verhaftete Subjekte handelt! Henne ist im Gewand zu den meisten anderen nach Namensfeststellung wieder Entlassenen in Haft behalten worden, weil er als Anführer wegen Aufwiegung angeklagt werden soll. Bei den nach Mitternacht neu auflebenden Kundgebungen entlang der Führer der Bezirksgruppe Zürich der nationalen Front, Dr. Zoller, seiner Verhaftung durch die Polizei, die ihm von seinen Anhängern ermöglicht wurde.

Die Vorstellung des Schauspiels „Professor Mannheim“ konnte ungehindert durchgeführt werden und erzielte riesigen Erfolg. Der oft bei offener Szene losbrach. Das Schauspiel „Professor Mannheim“ hebt noch für Mittwoch und Samstag dieser Woche auf dem Spielplan des Stadttheaters; am Mittwoch wird der Gemeinderat von Zürich der Vorstellung beizuwohnen, um sich selbst einen Eindruck vom Stück zu verschaffen. Das Wahlspiel der „Pfeffermühle“ von Grika Mann im Kursaal geht am Mittwoch zu Ende.

Die Hetze

Genau nach braunem Rezept

Die Nationale Front verteilte am Montag in den Abendstunden ein Flugblatt, worin in scharfen Ausdrücken gegen das rote Zürich, gegen die Behörden und gegen die Emigranten gehetzt wurde. Es hieß da unter anderem: „Das rote Zürich duldet auf seinem Boden die Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. F. Adler, sowie des Genossen Kurt Löwenstein, Vorkämpfer der Gottlosen-Propaganda, der, als er noch Leiter der „Marx-Schule“ in Berlin war, seine minderjährigen Schüler in die Vorderlinie schickte und Aufträge über ihre Eindrücke schreiben ließ.“ (!)

Es ist der gleiche Schmutz und dasselbe Vagengrün, mit dem die „deutschen“ Vorbilder dieser Schweizer Elite ihre Gegner besudelt haben.

Die „National-Frontzeitung“ schreibt: „Mit den gleichen nützlichen Kriminalmethoden hätten seinerzeit die Nationalsozialisten in Berlin die Abseignung des Remarque-Namens erzwungen und sich einen propagandistisch wertvollen Sieg erkämpft. Die Zürcher sind nicht gewillt, die schwächliche Haltung der damals in Deutschland Herrschenden nachzuahmen. Stadtrat und

Regierungsrat, die beide vor dem Stadttheater vertreten waren, zeigen durch ihre feste Haltung den ersten Willen zur Bewahrung von Ruhe und Ordnung. Nicht der Straßenspektakel, noch eine politische Gruppe, haben darüber zu entscheiden, was auf unsern Bühnen gespielt werden soll. Rowdies sind ungeeignete Theaterkritiker.“

Blick ins Braune

Verlöbnis mit Nichtarier

Von einer Firma wurde einer Angestellten gekündigt, weil sie an einem Verlöbnis mit einem Nichtarier, das seit vier Jahren schon bestand, scheitert. Nach einem Tarifabkommen handelte es sich um Hebergenossenschaft für den Fall, daß sie ihr Ausscheiden nicht selbst veranlaßt oder verschuldet habe. Das Landesarbeitsgericht Berlin hat, wie jetzt bekannt wird, entschieden, daß die Entlassung nicht als „verschuldet“ anzusehen sei.

Der Jude wird gehängt

Das badische Wehrliche Staatspolizeiamt hat den Textilhändler Karl Bernheimer aus Ibringen am Kaiserstuhl in Schutzhaft genommen, weil er verurteilt habe, durch seine Äußerungen über angeblich bevorstehende Verflechtung der Stoffqualität die Bevölkerung zu Anschlägen zu verleiten.

Neuer Massenprozeß gegen 100 Arbeiter

Justizradefeldzug gegen vogtländische und erzgebirgische SAP-Mitglieder

Demnächst wird vor dem Reichsgericht in Leipzig ein neuer Massenprozeß gegen hundert Arbeiter der Sozialistischen Arbeiterpartei der vogtländischen und erzgebirgischen Orte Elsterberg, Rulau, Klingenthal, Brunnobra, Zschwendern und Schönheide stattfinden, der wirklich nicht mehr als ein niederträchtiger Radefeldzug ist.

Die Hauptangeklagten in diesem Prozeß sind der Konsumvereinsleiter Otto Weller aus Elsterberg i. V. und der Arbeiter Otto Dick aus Rulau i. V. Die meisten der Angeklagten befinden sich seit März und April 1933 in Haft. Viele von ihnen, vor allem Weller und die Angeklagten aus Klingenthal, Brunnobra und Zschwendern wurden monatelang durch die verschiedenen Konzentrationslager Reichenbach, Schloß Orlau, Jöhrlau und Goldhof geschleppt und furchtbar mißhandelt. Otto Weller wurde im Konzentrationslager Reichenbach i. V. wochenlang täglich mißhandelt, weil ein Spieß behauptete, er habe zwei Maschinengewehre versteckt. Trotzdem alle angegebenen Verhöre durchsucht, Warten unangenehm wurden usw., konnten die niemals vorhandenen Maschinengewehre natürlich nicht gefunden werden. Krant und wund geschlagen, wurde Weller schließlich wieder aus dem Konzentrationslager entlassen, während der Elsterberger Ortsgruppenleiter der SAP, der Krankenschwesterführer Robert Schenker das Konzentrationslager Reichenbach nur als Versteck verlassen konnte. Man hatte ihn aus dem zweiten Stockwerk des Gebäudes zum Fenster herausgeschützt. Nachdem Weller nach unermöglicher Krankenlagerung zum Ausbruch war, wurde er erneut verhaftet, wieder freigeschlagen, noch einmal festgenommen und schließlich beim Reichsgericht in Leipzig eingekerkert.

Den Angeklagten wird Vorbereitung zum Hochverrat, Verbrechen gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz vor-

Der Kommunist Mendelssohn

Und das Ergebnis der Eintopf-Sammlung

Man schreibt uns aus dem Badischen:

In Arlen, Kreis Konstanz, einem Industriedörfchen an der Schweizer Grenze, spielte sich folgendes ab: Der Gewerkschaftsverein wollte am Sonntag dem 18. November einen Volkstheaterabend veranstalten. Die meisten Mitglieder des Vereins sind Mitglieder der KZSAP. Plakate, Programme usw. waren fertig. Auf dem Programm waren einige Vieder von Mendelssohn. Am Tage vor dem Konzert wurde der Dirigent während der Probe an das Telefon gerufen und es wurde ihm von dem Unterbannführer der KZS, Encke von Singen, einem jungen Burischen, mitgeteilt, wenn das Konzert mit den kommunistischen Viedern des Juden Mendelssohn stattfinden werde, werde er es mit der gesamten KZS unmöglich machen. Der Dirigent, ein Lehrer, machte ihn darauf aufmerksam, daß die Vorbereitungen schon so weit seien, daß das Konzert abgehalten werden müsse. Darauf fuhr Encke nach Arlen und erklärte den Mitgliedern dasselbe. Auf die Einrede, die Sänger seien alte Frontkämpfer, erwiderte der Burische: „Frontkämpfer wackelt ihr? Nein, Schleimbeutel!“ Das Konzert durfte nicht abgehalten werden und der Verein hat über 200 Mark Unkosten die Erregung unter der Bevölkerung in Arlen und umher zu passiver Feindschaft bei der Eintopfsammlung.

Das Naziblatt berichtet aus Arlen: Leider aber hat sich auch hier wieder gezeigt, daß es Menschen gibt, die mit geradezu unverstehlicher Frechheit sich weigern, dies kleine Opfer zu bringen, indem sie sogar schriftlich mit der Bemerkung „verweigert“ die Sammler abgewiesen. Das bedeutet uns, das müssen sie wissen, nicht nur eine unerhörte Zerknirschtheit, sondern eine gemeine Herausforderung. Und wenn Gleichgesinnte nur um sagen zu können, etwas gegeben zu haben, sich nicht genieren, 10 Pfennig zu „opfern“, so weisen wir solche Opfer entschieden zurück. Wir möchten dafür aber endlich verlangen, daß solche Menschen, die sich schon durch ihre Gesinnung und nicht erst durch solche schamlose Handlungsweise aus der Volksgemeinschaft ausschließen, aus ihrer Arbeit herausgenommen werden, um denen Platz zu machen, die sich stets als ehrbare Volksgenossen zeigen. Wir wissen, daß unser Ortsgruppenleiter hier rücksichtslos einschreiten wird, denn auch seine Geduld ist zu Ende. Und fünfzig werden wir auch nicht mehr davor zurückschrecken, hier mit Namen herauszurufen.

Dazu eine hübsche Anekdote. In London findet am Donnerstag die Hochzeit des Prinzen von Kent mit der Prinzessin Marina statt. Mit ungeheurem Pomp vor einem Parkett von Königen. Unter welchen Mängeln wird das hohe Paar in den Festsaal geleitet. Unter denen des Hochzeitsmarches komponiert vom „Kommunisten“ Mendelssohn.

Internationale Boykottkonferenz

London, den 28. November 1934.

Unter dem Vorsitz des Rechtsanwalt Samuel Untermyer, dem Führer der amerikanischen Boykottbewegung, wurde die internationale Konferenz zur Organisierung des Boykotts Hitlerdeutschlands eröffnet. In den Verhandlungen nahmen rund 50 jüdische und nichtjüdische Organisationen teil. Zur Konferenz sind Delegierte aus fast sämtlichen europäischen Ländern sowie aus USA und Südafrika entsandt worden.

Großes Aufsehen erregte die Tatsache, daß bei der Eröffnung der Konferenz der Vorsitzende der englischen Trade Union, Citrine, eine Rede gehalten hat, in welcher er sich für die Durchführung eines organisierten Boykotts hitlerdeutscher Waren ausgesprochen hat.

In der Konferenz werden die verschiedenen praktischen Maßnahmen besprochen, um den Boykott hitlerdeutscher Waren systematisch durchzuführen. Weil diese Konferenz sich lediglich mit den praktischen Durchführungsmaßnahmen des Boykotts befassen wird, ist ihr besondere Bedeutung beizumessen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Beschlüsse der Konferenz in einiger Zeit in einer weitern Vertiefung der Organisation des deutschen Außenhandels auswirken wird. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß sich neben den jüdischen Organisationen auch verschiedene gewerkschaftliche und christlich-religiöse Vereinstannungen, insbesondere in USA, bereit erklärt haben, durch Anbahnung des Boykotts Hitlerdeutschland zu bekämpfen.

Agitiert für die „Deutsche Freiheit“

worfen. Soweit überhaupt Verbrechen vorliegen, haben die Betroffenen ihre Strafen bereits im Jahre 1932 abgedient und die Strafen sind durch die Amnestie erledigt. Trotzdem hat nunmehr das Reichsgericht unter Bruch der Amnestie erneut die Anklage wegen strafrechtlich längst erledigter Straftaten erhoben.

Die Anklage stützt sich im wesentlichen auf die Angaben eines von der KZSAP im den Sozialistischen Schutzbund der SAP, entlassenen Nazispion, der die Behauptung aufstellt, die SAP habe aus der Tischschokolade in riesigem Ausmaß Waffen nach Deutschland geschmuggelt.

Dabei ist folgende Tatsache: In Klingenthal an der sächsischen Grenze haben die Nazis 1932 und Anfang 1933 mehrere Male versucht, das Gewerkschaftsbüro zu stürmen. Sie wurden regelmäßig von den Arbeitern des Sozialistischen Schutzbundes zurückgeschlagen. Wehrlose Personen am Gebäude und zertrümmerte Fensterhebel haben einwandfrei Auskunft darüber, wer die Waffen besaß. Wenn die Nazis bei dem Versuch auch ein gerichtliches Untersuchungsverfahren, das nach der „nationalen Erhebung“ natürlich niedergeschlagen wurde. Aber nun hätten sich die Nazis die Beteiligten ihres Gewerkschaftsregiments und drehten den Spieß um. Die verhafteten Klingenthaler, unter ihnen zwei Lehrer, wurden erst der Sache ihrer örtlichen Nazis ausgeliefert und dann, schon zertrümmert und zerklüftet, der „Behandlung“ verschiedener Konzentrationslager unterworfen, bis sie auch endlich beim Reichsgericht in Leipzig landeten. Das war die Rache dafür, daß in den Gemeinden des Klingenthaler Gebietes die Arbeiter auch noch bei den Terrorwahlen 1933 die proletarische Mehrheit abgaben hatten.

100 Arbeiter stehen schutzlos vor ihren schändlichen Genossen. Sie sind dem Verderben ausgeliefert, wenn sich die Weltöffentlichkeit ihrer nicht annimmt!

Die Fremden in Frankreich

Maßnahmen unter dem Druck der öffentlichen Meinung

Paris, den 27. November 1934.

(Von unserem Korrespondenten)

Wir haben in der „Deutschen Freiheit“ wiederholt darüber berichtet, wie sehr ein großer Teil der französischen Presse eine Verschärfung der Fremdenpolitik wünscht. Man geht nicht zu weit, wenn man behauptet, daß die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen gegen die in Frankreich lebenden Ausländer nicht zuletzt unter dem Druck der Presse erfolgt sind; denn die öffentliche Meinung gilt hierzulande sehr viel, und in der Hauptsache wird sie von den Zeitungen verformt und nicht unwesentlich beeinflusst.

Jetzt wissen nun die Zeitungen von neuen Maßnahmen gegen die Fremden zu berichten. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag und vom Sonntag zum Montag haben in Paris polizeiliche Razzien in den Vierteln stattgefunden, in denen sich die Ausländer in größerer Zahl befinden. Starke Polizeiaufgebote wurden eingesetzt, einige Tugend-Journalisten wurden eingeladen, um Zeugen der polizeilichen Aktionen zu sein. Mit dem Ruf „Hände hoch!“ drang die Polizei in einzelne Lokale ein. Die Frauen mußten sich auf die eine Seite stellen, während die Männer gegenüber Aufstellung nahmen. Dann mußten die völlig Ueberrasteten ihre Papiere vorweisen. Alle diejenigen, deren Papiere in Ordnung waren, blieben unbehelligt. Die Gäste aber, deren Ausweise zu wünschen ließen — es waren, wie der „Matin“ berichtet, meist Ausländer —, mußten Polizeiwagen besteigen. „Mein Mann!“ rief eine Frau, als man ihren Gatten fortführte, in ausländischem Tonfall, während der Mann selbst bestig protestierte. „Sie sind keine Frau!“ bemerkte ein Beamter. „Dann müßten Sie ihm folgen... Eine Frau muß immer ihrem Gatten folgen.“

Wir wiederholen, so lesen wir es im „Matin“. Mit vierzig unfreiwilligen Fahrgästen beiderlei Geschlechts kommt der Wagen auf dem Polizeibüro an. Wieder werden die Papiere geprüft, die meisten werden nach Danke entlassen. Im ganzen hatte man 20 Personen befragt, 12 davon mußten in Haft bleiben; neun, weil ihre Ausweise fehlten, einer, weil er einem Ausweisungsbefehl nicht nachkommen war, einer, weil er einer Aufforderung, Frankreich zu verlassen, nicht Folge geleistet hatte, und schließlich eine Prostituierte.

Das war, wie die französische Presse selbst berichtet, die traurige Ausbeute dieser nicht minder traurigen Razzia im Pariser Fremdenviertel.

Sehen wir hinzu: wirkliche Verbrecher wissen sich auf heimlichen und unheimlichen Wegen die Personalausweise zu beschaffen, deren sie bedürfen, um ihr lästiges Gewerbe anzubauen. Es werden fast immer nur harmlose Menschen sein, die sich in öffentlichen Lokalen unter den Augen der Polizei aufhalten, ohne im Besitz der erforderlichen Aufenthaltspapiere zu sein.

Neue Polizei-Razzia auf Ausländer

Paris, den 28. November 1934.

(Von unserem Korrespondenten)

Die polizeilichen Maßnahmen gegen die in Paris befindlichen Ausländer wurden fortgesetzt, so daß auch Ausländer, bei denen die Papiere „in Ordnung“ sind, gar nicht wagen, in den Abendstunden die Straße zu betreten. Ueber die neuen Razzien berichtet der „Intransigant“:

Zahlreiche Kundgänge und Freiden wurden auch im Laufe der Nacht zum Dienstag in mehreren Pariser Vierteln und in den Vororten... gemacht. Im Laufe dieser Operationen wurden mehr als 1500 Personen unterzucht, 140 davon wurden auf die Polizeiwache zur Feststellung ihrer Personalausweise gebracht 86 biteden in Haft (49 Ausländer, deren Papiere nicht in Ordnung waren, 3 Madonnen, 11 Vaudreiter, 2 Leute, die im Besitz von Waffen waren, ohne dazu berechtigt zu sein, und ein Betrunkener).

Das Blatt berichtet dann weiter von einer Razzia, die gegen Mitternacht auf dem „Großen Boulevard“ stattfand. Dort war die Ausbeute der Polizei noch geringer; denn schon eine halbe Stunde vor der Aktion hatten sich die Cafés geleert, man hatte Wind bekommen.

Um 2 Uhr morgens hatte die Polizei 10 Festnahmen vorgenommen. Die „Deltanten“, so sagt „Intransigant“, die keine ausreichenden Identitätspapiere bei sich hatten, wurden zur Wache gebracht, wo die meisten entlassen wurden.

Die Razzien werden damit begründet, daß die Londoner Polizei eine Meldung erhalten hätte, daß anlässlich der jetzt in London stattfindenden Hochzeitsfeierlichkeiten anlässlich der Vermählung des Herzogs Georg von Kent mit der griechischen Prinzessin Marina Antenate geplant seien.

Französischer Schrift in Rom

Rom, den 28. November 1934.

Der französische Botschafter in Rom, Chambrun, hatte erneut eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär im italienischen Außenministerium, Savio. Man glaubt, daß Chambrun die italienische Regierung von der Absicht der französischen Regierung in Kenntnis gesetzt habe, in Genua die schwierige Frage der politischen Flüchtlinge und der sich daraus ergebenden Verpflichtungen zwecks Abschluß einer Konvention zu prüfen. „Gazzetta del Popolo“ schreibt: Die Staaten, in denen sich politische Flüchtlinge aufhalten, sind sehr zahlreich; sie haben zweifellos den lebhaften Wunsch, einem Zustand abzuhelfen, der von Zeit zu Zeit die allgemeine Lage oder den Frieden bedroht.

Arbeitsrecht der polnischen Emigranten

Die unerläßliche Ergänzung des Asylrechts

Man schreibt uns aus Paris:

Jouhaux, der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes (CGT), hat vor einigen Tagen in die Debatte eingegriffen, die in Frankreich um die Frage der Arbeitsbewilligung, Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte und die angeforderten sehr strengen Maßnahmen des neuen Arbeitsministers geführt wird. Wichtiger als die Stellungnahme, die die sozialistische Partei im „Populaire“ dazu geäußert hat, ist die Meinung Jouhaux' und der französischen Gewerkschaften. Jouhaux weist im „Peuple“, der Tageszeitung der CGT, zunächst darauf hin, daß es höchste Zeit wird, die verheerende Konkurrenz der oft unter schlimmsten hygienischen Verhältnissen angeführten Heimarbeit zu unterbinden. Mit Recht verlangt er weiter, daß die Beschäftigung ausländischer Arbeiter allen Unternehmern verboten werden muß, die diese Ausländer als Vordrucker und unter Mißachtung des Gesetzes über den 8-Stundentag anstellen. Er wirft die Frage auf, ob man endlich dazu übergehen wird, diese Maßnahmen zu ergreifen, die im Gesetz vom 10. 8. 1932 zum Schutze der einheimischen Arbeit bereits vorgesehen seien. Man wird es vom gewerkschaftlichen Standpunkt nur selbstverständlich und gerechtfertigt finden, wenn Jouhaux sagt: „Wir haben immer verlangt, daß den französischen Arbeitern das Vorrecht auf Arbeit eingeräumt wird; wir sind einer Meinung, daß man die Einwanderung stoppt.“ Wichtig ist, daß Jouhaux folgendermaßen fortfährt: „Es muß dessen unachtet auf die politischen Flüchtlinge Rücksicht genommen werden, für die das Asylrecht keinerlei Beeinträchtigung erfahren darf.“

Wir freuen uns aufrichtig dieser Auffassung des französischen Gewerkschaftsführers, der hier anspricht, daß die wirklich politischen Flüchtlinge in Frankreich auch das Recht auf Arbeit haben müssen. Seine Meinung, ausgedrückt im Organ der CGT, ist die Meinung aller französischen Gewerkschaftler, die zwar niemals eine andere war, die aber, im augenblicklichen Zeitpunkt nochmal offen und eindeutig ausgesprochen, den französischen Arbeitsbehörden einen bedeutamen Fingerzeig und den politischen Emigranten harter Zuversicht gibt. G.-d.

BRIEFKASTEN

Köln. Sie berichten uns, in Köln setze man in den Arbeiterwohnungen die Nazibettler mit der platförmigen Bemerkung ab: „Ich bin genug von „Gess“ jet“, ich bin sie für Sowjet.“

Se — Re — in glück. Vielen Dank. Wir haben so viele Gedichte hier, daß wir nichts neues mehr annehmen möchten. Den Ausschritt werden wir verwenden. Näheres über den Prozeß vor dem Volksgericht wissen wir nicht, mit Ausnahme der von uns veröffentlichten Notizen.

S. M. Thun. Leider haben unsere Bemühungen bisher nicht zum Erfolg geführt.

Buenos Aires. Vielen Dank für das Zeitungsbild. Es wird verwertet.

R. A. Küstli. Als Probe der Friedensliebe Dillers haben Sie für uns eine Strophe aus dem „Diller-Jugend-Liederbuch“ (Verlag Schmidt, Berlin Nr. 34, abgeschrieben. Da steht auf der Seite 5 und 7:

„Gut wird noch der Erdball erbeben,
Grüßern das Menschengeschlecht,
Wenn ich die Germanen erbeben
Zum Kampfe für Freiheit und Recht.“
„Wenn wir zum Sturme gehen,
Mit mutgeschwelter Brust,
Nur alles in Eherden geben
Bei unserer Kampfeslust.“
Für uns dann gibts kein Weibchen,
Wir haben Mann für Mann
Stark wie die deutschen Weibchen.
Die niemand brechen kann.“

„Nur alles in Eherden geben...“ So wird es kommen es' Ihr's glaubt.

Literatur

„Der Antikrist“ (Zaarländ-Verlag, Saarbrücken). Diese zwanzig Seiten lange Broschüre ist im Saargebiet und im deutschsprachigen Elß-Vorbringen hart verbreitet. Sie verdient es, denn es ist eine sehr glückliche Abrechnung mit dem Widerchristentum des „dritten Reichs“, nicht nur Polemik, sondern begründet auf handfestes und unmisslegbares Material. Ihr großer Vorzug ist zudem, daß der Autor nicht von atheistischen, sondern von bewußt christlichen Erwägungen ausgeht. Darum wirkt diese Abrechnung mit Diller so überzeugend und so nachhaltend. Wir empfehlen diese kleine Schrift mit allem Nachdruck und wünschen ihr bald eine zweite Auflage.

In der sonnigen, nebelfreien Südschweiz
schöne Villa
in Castagnola bei Lugano
zu verkaufen. Aus bestem Material gebaut.
11 Zimmer, Zentralheizung, Bad, Boiler,
Garage, gr. gedeckte Terrasse, Boot-
haus erbaut 1922. Gesamtareal 1648 qm.
Aussichtliche, unverbauliche Lage,
schon angelegter Garten, Wagen-
weg zum sehr vortheilhaften Preis von
fr. 13000.—. Seriose Interessenten
wollen sich wenden an Postfach 20323,
Basel I, Agenten unerwünscht.

Herrschaftliches
Ein-Familienhaus
mit Garage, Gemü-
se- und Obstgarten, 17 ar.
in sonniger Lage, in an-
genommener Städtchen
Luxemburg, auf preis-
wert zu verkaufen. Zu er-
fragen unter 5674 bei
Agence Havas, Metz.

**Buch-Engros-
Geschäft**
In luxemburgischem
Städtchen vorläufig
abzugeben. Zu er-
fragen unter 5675 bei Agence
Havas, Metz.

Verlogen begründete Ausbürgerung

Die Pestalozzi-Gesellschaft in Buenos Aires gegen den Reichsinnenminister Dr. Frick

Im „Argentinischen Tageblatt“ vom 8. November ver-
öffentlicht die Pestalozzi-Gesellschaft von Buenos Aires fol-
gende Erklärung:

Der Vorstand der Pestalozzi-Gesellschaft hat in seiner
Sitzung vom 6. November mit tiefer Entrüstung Kenntnis
genommen von dem Racheakt der provisorischen deutschen
Regierung, durch den sie Herrn Dr. Alfred Dang die deutsche
Staatsbürgerschaft entzogen hat.

Eindringlich und klar weist der Vorstand die wider besseres
Wissen vom nationalsozialistischen Innenminister Deutsch-
lands dem Racheakt der Ausbürgerung beigegebene „Begründung“ als Lüge und Verleumdung zurück. Jeder Deutsch-
sprechende in Buenos Aires — und also auch Deutschlands
derzeitige diplomatische Vertretung — weiß ganz genau, daß
die Pestalozzi-Schule nicht gegründet wurde, „um das neue
Deutschland zu bekämpfen“ oder gegen es „Propaganda zu
machen“. Diese Denkwürdigkeit kennzeichnet nur die kofische Wut
der einseitigen Beherrscher Deutschlands über eine ganz
normale Schule, die sich gerade nicht mißbrauchen löst zur
parteilichen Beeinflussung ihrer Schüler.

Die Pestalozzi-Schule wurde gegründet als argentinische
Schule auf deutscher Kulturgrundlage und objektiver wissen-
schaftlicher Vertiefung, weil gerade in den gleichgeschalteten
deutschen Schulen Argentiniens keine Garantie mehr gegeben
ist für kulturelle Arbeit und objektive Wissenschaft, vielmehr
die Verleumdung der deutschen Kultur und Wissenschaft zur
Dahpropaganda gegen alles Nichtnationalsozialistische und
zur geistlosen Heberhebligkeit über andere Völker herab-
gewürdigt wurde. So mußte einer ständig wachsenden Zahl
von Eltern die Möglichkeit geboten werden, ihre Kinder in
eine Schule freier politischer und religiöser Neutralität
schicken zu können, in der alle Schüler einen gerade von
allem „Bekämpfen“ und aller „Propaganda“ freien, pädago-
gisch hochwertigen Unterricht und eine Erziehung zur
Friedensliebe und Völkerverständigung erhalten.

Schon gegen Ende dieses ersten Schuljahres zeigen der
harmlose Aufstieg der Schülerzahl und der gute Ruf als
pädagogische Anstalt, den sich die Pestalozzi-Schule weit
über die Grenzen Argentiniens erworben hat, daß der
jenseitige Weg ihrer Gründer der richtige war. Weder
Sprengkolonnen in den Versammlungen der Pestalozzi-
Gesellschaft noch das „heldenhafte“ Beschmieren der Schul-
eingänge mit dem Zeichen des Hakenkreuzes, noch der letzte
verleumderische Racheakt gegen den Schulleiter können die
Pestalozzi-Gesellschaft und ihren Vorstand von diesem Wege
der sachlichen Arbeit für deutsche Kultur und internationales
Wissen abbringen. Mit dem Gefühl tiefer Verteidigung über
eine allgemein anerkannte Leistung für die ewigen Werte
menschlicher Kulturverbundenheit durch wortlose Opferberei-
tchaft im beschiedenen Rahmen unserer Pestalozzi-Schule
überläßt der Vorstand allen gerecht denkenden Menschen das
Urteil auch über den neuesten Akt der nationalsozialistischen
Rampfmethode.

Wenn die Pestalozzi-Schule sich in der kurzen Zeit ihres
Bestehens ein so begründetes Ansehen erwerben konnte, so
verdankt sie das in erster Linie dem Wirken ihres Leiters,
und der Vorstand empfindet es daher als Freude, Herrn Dr.
Alfred Dang aus diesem Anlaß seine volle Anerkennung
und seinen aufrichtigsten Dank auszudrücken.

Einmütig spricht der Vorstand dem Direktor der Pesta-
lozzi-Schule zu dieser Gelegenheit wiederum sein besonderes
Vertrauen aus und betrachtet es als eine Ehre und Aus-
zeichnung für Herrn Dr. Dang, daß er für sein vorbildliches
und objektives pädagogisches Wirken auch noch die letzte
Verfolgungsmassnahme der derzeitigen Reichthaber in
Deutschland erfahren mußte.

Für den Gesamtdank verantwortlich: Johann F. J. in Dub-
weiler; für Interzelle: Otto Ruhn in Saarbrücken, Rotortendruck
und Verlag; Verlag: Verlag der Volkshilfe GmbH, Saarbrücken &
Schützenstraße 5, — Schließfach 776 Saarbrücken.

Die „Deutsche Freiheit“

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

muß man regelmäßig lesen

Bestellschein

Ich ersuche um regelmäßige Zusendung der „Deutschen Freiheit“

Name: _____
Straße: _____
Ort: _____

den _____
Umlaufzeit

Verlag der „Deutschen Freiheit“

Saarbrücken 3, 5, Schützenstraße 5 • Postfach 276

„Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:

	im Monat	Zustell-gebühr
Amerika	Dollar	1,— 0,50
Argentinien	Peso	3,— 1,—
Belgien	belg. Fr.	15,— 5,30
Dänemark	Kr.	3,70 2,30
England	sh	4,— 1,10
Frankreich	fr. Fr.	12,— 3,75
Holland	fl.	1,50 0,40
Italien	Lire	10,— 5,—
Luxemburg	belg. Fr.	15,— 5,30
Neubelgien	belg. Fr.	12,— 5,30
(Eupen-Malmedy)		
Oesterreich	(verboten)	— —
Palästina	sh	4,— 1,10
Polen	(verboten)	— —
Rumänien	Lei	90,— 30,—
Rußland	Rubel	1,— —
Saargebiet	fr. Fr.	12,— 7,50
Schweden	Kr.	2,60 1,70
Schweiz	schw. Fr.	2,40 0,80
Spanien	Peseta	6,— 2,—
Tschechoslowakei	Kr.	30,— 5,50

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten.